

Bieter/in:	Sachbearbeiter/in	
	Telefon	Telefax
	E-Mail	

Stadt Bielefeld
190.13 - Submissionsstelle
33597 Bielefeld

Angebot für Bauleistungen (VOB)

Bauvorhaben Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz - Taktile Ertüchtigung		
Baustelle Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz, 33602 Bielefeld		
Angebot für Fliesen- und Abbrucharbeiten		
Projekt-Nr. 2026-0209	ausschreibende Stelle Zentrale Vergabestelle	Veröffentlichung im Amtsblatt EU <input type="checkbox"/> ja
Vergabeverfahren <input checked="" type="checkbox"/> öffentliche Ausschreibung/Offenes Verfahren <input type="checkbox"/> beschränkte Ausschreibung/Nichtoffenes Verfahren <input type="checkbox"/> freihändige Vergabe/Verhandlungsverfahren <input type="checkbox"/>		Submissionsstelle der Stadt Bielefeld Werner-Bock-Str. 38, 33602 Bielefeld 1. Etage, Zimmer 1.1.10, <input type="checkbox"/> Bieterinnen/Bieter sind zur Angebotseröffnung zugelassen!
Eröffnungstermin am (Datum, Uhrzeit) 01.07.2026, 10:00 Uhr		Ende der Bindefrist (Datum) 15.07.2026
Auftraggeberkoordinator/in/Auskunft in diesem Verfahren erteilt: Elke Dammann, 0521-5186865, elke.dammann@bielefeld.de		

Anlage:

Ein komplettes Exemplar der Vergabeunterlagen

Angaben zum Angebot gem. § 13 Abs. 3 und 4 VOB/A: (Die folgenden Angaben sind gem. VOB 2019 <u>zwingend</u> an dieser Stelle aufzuführen)	
Nettopreis:	_____ €
evtl. Preisnachlass gem. § 13 Abs. 4 VOB/A ohne Bedingungen ¹⁾ :	_____ % (kein Skonto)
Nettopreis einschließlich Nachlass	===== €
Mehrwertsteuer (19 %)	_____ €
Angebotssumme einschl. Nachlass (brutto):	===== €
Anzahl der Nebenangebote oder Alternativangebote:	<u>Nicht zuge-</u> <u>lassen</u>

¹⁾ hier nur prozentuale Nachlässe erlaubt! Nachlässe mit festen €-Beträgen sind Nachlässe mit Bedingung, da sie bei Mengenänderungen zu einer Änderung der Bieterfolge führen können! Sie sind als Nebenangebote abzugeben.

Ich bin / Wir sind	Nummer
<input type="checkbox"/> Mitglied der Berufsgenossenschaft _____	
<input type="checkbox"/> im Präqualifikationsverzeichnis eingetragen	
<input type="checkbox"/> bevorzugte/r Bieter/bevorzugte Bieterin/innen. Der Nachweis ist beigefügt. ²⁾	
<input type="checkbox"/> ein kleines/mittleres Unternehmen gem. der Empfehlung 2003/361/EG der EU-Kommission vom 6. Mai 2003 (KMU: < 250 Beschäftigte und Jahresumsatz < 50 Mio.)	

Ich erkläre / Wir erklären hiermit:

- Die Datenschutzerklärung der Stadt Bielefeld habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen und stimme/n der dort dargestellten Verarbeitung meiner/unserer Daten zu.
- Die Ausführung der vorgenannten Leistung wird zu den eingesetzten Preisen angeboten.
Das Angebot gilt bis zum Ablauf der Bindefrist.

Bestandteil des Angebotes sind neben diesem Angebotsschreiben einschl. Anlagen folgende Unterlagen:

- a) Leistungsbeschreibung
Soweit tabellarische Angebotslisten Bestandteil der Vergabeunterlagen sind, sind die Preise in diese Liste eingesetzt. Eine etwaige selbstgefertigte tabellarische Angebotsliste entspricht in Spalten- und Zeilenfolge der städtischen Übersicht.
- b) Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen - DIN 1961 - (VOB/B) in der jeweils gültigen Ausgabe
- c) Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C) in der jeweils gültigen Ausgabe
- d) Besondere Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen der Stadt Bielefeld
- e) Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen der Stadt Bielefeld (ZVB-StBi)
- f) Alle die Art der Leistung betreffenden DIN-Vorschriften, technischen Vorschriften, gültigen Richtlinien und Merkblätter
- g) Weitere Unterlagen:
 - ☒ Besondere Vertragsbedingungen der Stadt Bielefeld zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen)
 - ☐ Erklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)
 - ☐ Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen
 - ☐ Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen
 - ☒ Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt 124) – für nicht präqualifizierte Unternehmen
 - ☒ Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 ff GWB
 - ☐ Baubeschreibung
 - ☒ Bieterangabenverzeichnis
 - ☒ Formblätter zur Angebotskalkulation (221 und 222 -optional- siehe Bieterangabenverzeichnis Punkt 3)
 - ☒ Planunterlagen
 - ☐ AMEV Vertrag nebst Anhang
 - ☐ Berichte und Gutachten
 - ☐ Statik
 - ☐

²⁾ Bevorzugte Bieter im Sinne des Runderlasses des Landes NRW zur „Berücksichtigung von Werkstätten für behinderte Menschen und von Inklusionsbetrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträgen“ vom 28.08.2018 sind anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen (§ 219 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch) und Blindenwerkstätten (§ 226 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch) sowie Inklusionsbetriebe im Sinne der §§ 215, 224 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch. Gleiches gilt für Einrichtungen in anderen Staaten, die nach den dort geltenden rechtlichen Bestimmungen mit den vorgenannten Einrichtungen vergleichbar sind.

Ich versichere / Wir versichern, dass

- a) die gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und sonstigen Abgaben, der Beiträge zu den Sozialversicherungen sowie die Verpflichtung aus den Tarifordnungen, Tarifverträgen und die Bestimmungen über die Beschäftigung Schwerbeschädigter erfüllt worden sind und während der Vertragsdauer erfüllt werden,
- b) das Angebot in keinem Zusammenhang steht mit wettbewerbsbeschränkenden Abreden oder Vereinbarungen ähnlicher Art, sondern das Ergebnis eigenbetrieblicher Kalkulation und Preisbildung ist - siehe ZVB-Stadt Bielefeld, Ziffer 16,
- c) der Betrieb gegen Unfälle und Schadensersatzansprüche Dritter haftpflichtversichert ist und
- d) die in § 21 Absatz 1 Satz 1 und 2 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz) genannten, einen Ausschluss von der Auftragserteilung rechtfertigenden Voraussetzungen nicht vorliegen.

Es ist mir / uns bekannt, dass

- a) wissentliche falsche Angaben in dieser Erklärung den Ausschluss von weiteren Leistungen zur Folge haben kann,
- b) auf Anforderung der Auftraggeberin/des Auftraggebers vor Vertragsabschluss weitere aktuelle Nachweise (wie z. B. gültige Bescheinigungen in Steuersachen des Finanzamtes, Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkasse, des Steueramtes der Kommune sowie der Berufsgenossenschaft) beizubringen sind,
- c) der Auftrag einer anderen Bieterin/einem anderen Bieter erteilt werden kann, wenn die angeforderten Unbedenklichkeitsbescheinigungen nicht innerhalb der vorgesehenen Frist vorgelegt werden.
- d) eine Freistellungsbescheinigung nach § 48 b Einkommensteuergesetz spätestens mit der ersten Rechnungsstellung einzureichen ist. Mir ist bewusst, dass bei einer Nichtvorlage 15 % von der Rechnung einbehalten werden und an das für mein Unternehmen zuständige Finanzamt überwiesen werden.
- e) die Bevorzugungsregelung des Runderlasses des Landes NRW zur „Berücksichtigung von Werkstätten behinderte Menschen und von Inklusionsbetrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträgen“ vom 28.08.2018 bei Aufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte angewandt wird. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird der von den bevorzugten Bietern angebotene Preis mit einem Abschlag von 15 % berücksichtigt.
- f) im Fall der elektronischen Angebotsabgabe bei Differenzen zwischen den Preisangaben in dem Bietertool und diesem Angebotsschreiben die auf Seite 1 genannte Angebotssumme maßgeblich ist.

Hinweis für vorübergehend in Bielefeld tätige Unternehmen:

Es ist bekannt, dass Beginn, voraussichtliche Dauer, Umfang und Beendigung der Bauarbeiten im Falle der Auftragserteilung gem. § 138 Abgabenordnung (AO 1977) in Verbindung mit § 12 Abgabenordnung dem Steueramt der Stadt Bielefeld, Neues Rathaus, Niederwall 23, 33597 Bielefeld, mitzuteilen sind.

Hiermit erkläre ich ausdrücklich, dass diesem Angebot ausschließlich die Allgemeinen Vertragsbedingungen der Stadt Bielefeld zugrunde liegen. Meine eigenen, evtl. auf meinem Geschäftspapier abgedruckten, Allgemeinen Geschäftsbedingungen wurden versehentlich bzw. aus Vereinfachungsgründen mitübersandt und sollen keine Geltung für diesen Vertrag entfalten.

 (Ort und Datum)

 (Unterschrift der Bieter/d. Bieters/Bieterin mit Firmenstempel)

Hinweis für elektronische Angebote: Die Unterschrift auf diesem Vordruck entfällt.



Zusätzliche Vertragsbedingungen

für die Ausführung von Bauleistungen

(ZVB-StBi)

Stand: 05/2018

	Seite
1 Leistungsverzeichnis	1
2 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen	1
3 Preise, Einsichtnahme in die Preisermittlung	1
4 Stundenlohnarbeiten	1
5 Ausführungsunterlagen	1
6 Veröffentlichungen	1
7 Werbung	1
8 Bautagesberichte	1
9 Sprache	1
10 DIN-Vorschriften	2
11 Berufsgenossenschaft	2
12 Baustelleneinrichtungsplan, Straßen-, Wege-, Lager- und Arbeitsplatzbenutzungen, Mitbenutzung fremder Gerüste und Einrichtungen	2
13 Baustellenräumung	2
14 Stoffprüfungen	2
15 Nachunternehmer/innen	2
16 Wettbewerbsbeschränkungen	3
17 Auftragsentziehung, Kündigung, Rücktritt (§ 8); Ausschluss von der Vergabe weiterer Aufträge	3
18 Haftung, Mitteilung von Bauunfällen	4
19 Abnahme	4
19 A Verjährungsfrist der Mängelansprüche	4
20 Rechnungen, Abrechnungszeichnungen	4
21 Nachweis und Abrechnung von Stundenlohnarbeiten und Lieferungen	5
22 Zahlungsweise	6
23 Abtretung	6
24 Erstattungen	7
25 Vertragserfüllungs-, Mängelanspruchs- und Abschlags- oder Vorauszahlungsbürgschaften	7
26 Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers	7
27 Vertragsänderungen	7
28 Erfüllungsort	7
29 Gerichtsstand	7

Vorbemerkung: Die §§ ohne Zusatz beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B - DIN 1961)

1. Leistungsverzeichnis

Der Wortlaut des von der Auftraggeberin/vom Auftraggeber verfassten Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich, auch wenn die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer für ihr/sein Angebot selbstgefertigte Abschriften oder Kurzfassungen verwendet hat.

2. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen (zu § 1 Abs. 2)

In den Vergabeunterlagen genannte Technische Vertragsbedingungen, die im Teil C der VOB - Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) - nicht angeführt sind, sind Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Sinne von § 1 Abs. 2 d.

3. Preise, Einsichtnahme in die Preisermittlung (zu § 2)

3.1 Für die Leistungen wird der Preis vergütet, der sich nach den vertraglichen Einheitspreisen und den tatsächlich ausgeführten Leistungen ergibt (Einheitspreisvertrag), soweit keine andere Berechnungsart vereinbart worden ist.

3.2 Wenn nach § 2 Abs. 3, 5, 6 oder 7 neue Preise zu vereinbaren sind, hat die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer auf Verlangen die Preisermittlungen für die neuen Preise und, soweit erforderlich, für die gesamte Leistung zur Einsicht vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Das Gleiche gilt, wenn der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer eine Vergütung nach § 2 Abs. 8 Nr. 2 zusteht.

4. Stundenlohnarbeiten (zu § 2 Abs. 10) (vgl. Nr. 21)

Sind in einem Leistungsvertrag Stundenlohnarbeiten vorgesehen, so ist die dafür angegebene Zahl von Stunden unverbindlich; § 2 Abs. 3 gilt nicht. Beahlt werden nur die von der Arbeitgeberin/vom Auftraggeber schriftlich angeordneten oder genehmigten tatsächlich geleisteten Stunden.

5. Ausführungsunterlagen (zu § 3)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die von der Auftraggeberin/vom Auftraggeber ausdrücklich als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind; über Art und Umfang dieser Unterlagen ist Einvernehmen herzustellen.

Die Verantwortung und Haftung der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers nach dem Vertrag, insbesondere nach § 3 Abs. 3 Satz 2, § 4 Abs. 2 und 3 sowie § 13, werden durch Absatz 1 nicht eingeschränkt.

6. Veröffentlichungen (zu § 3 Abs. 6)

Veröffentlichungen über die Bauleistung sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin/des Auftraggebers zulässig.

7. Werbung (zu § 4 Abs. 1)

7.1 Gewerbliche Werbung auf der Baustelle ist nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin/des Auftraggebers zulässig.

7.2 Über die Art und das Anbringen von Bauschildern ist Einvernehmen zwischen Auftraggeberin/Auftraggeber und Auftragnehmerin/Auftragnehmer herzustellen. Die Auftraggeberin/Der Auftraggeber behält sich vor, an geeigneter Stelle eine Tafel mit einem Verzeichnis aller beteiligten Auftragnehmerinnen/Auftragnehmer aufstellen zu lassen.

8. Bautagesberichte (zu § 4)

Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Bautagesberichte zu führen und davon der Auftraggeberin/dem Auftraggeber eine Durchschrift zu übergeben. Die Bautagesberichte müssen die Angaben enthalten, die für die Ausführung oder Abrechnung des Vertrages von Bedeutung sein können, z. B. über Wetter, Temperaturen, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, den wesentlichen Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfangs, Betonierungszeiten oder dgl.), bestimmte Arten der Ausführung oder Abrechnung, besondere Abnahmen nach § 12 Abs. 2, Unterbrechung der Ausführung einschließlich kürzerer Unterbrechungen der Arbeitszeit mit Angabe der Gründe, Unfälle, Behinderung und sonstiger Vorkommnisse.

Eintragungen im Bautagebuch oder ähnlichen Aufzeichnungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers (mit oder ohne Sichtvermerk der Auftraggeberin/des Auftraggebers bzw. ihres/seines Erfüllungsgehilfen) ersetzen nicht die schriftliche Behinderungsanzeige gem. § 6 Abs. 1.

9. Sprache (zu § 4 Abs. 1)

9.1 Alle schriftlichen Äußerungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z. B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Die Übersetzung behördlicher Bescheinigungen muss vom Konsulat beglaubigt sein.

9.2 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass während der Arbeit auf der Baustelle ständig eine Person anwesend ist, die es ermöglicht, in deutscher Sprache zu verhandeln. Kommt die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer dieser Verpflichtung trotz Mahnung durch die Auftraggeberin/den Auftraggeber nicht nach, so ist die Auftraggeberin/der Auftraggeber berechtigt, eine Dolmetscherin/einen Dolmetscher auf Kosten der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers heranzuziehen.

10. DIN-Vorschriften

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen - DIN 1961 - VOB/B, die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen - ATV - VOB/C und die weiteren in den Vergabeunterlagen genannten DIN-Normen gelten in der jeweils letzten Fassung, die spätestens drei Monate vor dem Einreichungs-/Eröffnungstermin im Bundesanzeiger bekannt gemacht bzw. bei den weiteren DIN-Normen - angezeigt worden ist.

Dies gilt ebenso für die in der Leistungsbeschreibung aufgeführten „**Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen**“ (z. B. ZTV-Asphalt-StB, ZTV-SA).

11. Berufsgenossenschaft

Solange der Vertrag nicht erfüllt ist, hat die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer jede Änderung in ihrer/seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft unverzüglich der Auftraggeberin/dem Auftraggeber mitzuteilen. Auf Verlangen der Auftraggeberin/des Auftraggebers hat sie/er jederzeit den Mitgliedschein der Berufsgenossenschaft und eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft darüber vorzulegen, dass sie ihrer/seiner Beitrags- und Vorschusspflicht nachgekommen ist.

12. Baustelleneinrichtungsplan, Straßen-, Wege-, Lager- und Arbeitsplatzbenutzung, Mitbenutzung fremder Gerüste und Einrichtungen (zu § 4 Abs. 4 und § 3 Abs. 4)

- 12.1 Vor Beginn der Baustelleneinrichtung hat die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer auf Verlangen der Auftraggeberin/des Auftraggebers einen Baustelleneinrichtungsplan vorzulegen.
- 12.2 Straßen, Wege, Lager- und Arbeitsplätze innerhalb des Baugeländes werden in bestehendem Zustand zur Verfügung gestellt. Sie können von der Auftragnehmerin/vom Auftragnehmer nur auf eigene Gefahr benutzt werden.
- 12.3 Baumschutz: Soweit im Bereich des Baufeldes Bäume vorhanden sind, sind bei der Planung der Baustelleneinrichtung und der Baustellenabläufe die Regelungen der DIN 18920 bzw. der RAS-LP 4 zu beachten. Das hierzu von der Stadt Bielefeld zur Verfügung gestellte Merkblatt „Baumschutz auf Baustellen“ ist auf der Baustelle auszulegen.
- 12.4 Treten bei der Benutzung bauseitig zur Verfügung gestellter Anlagen oder Grundstücke an diesen Schäden durch Verschulden der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers ein, so ist die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer der Auftraggeberin/dem Auftraggeber dafür schadensersatzpflichtig.
- 12.5 Die Mitbenutzung vorhandener Gerüste und Einrichtungen anderer Unternehmerinnen/Unternehmer ist von der Auftragnehmerin/vom Auftragnehmer mit diesen zu vereinbaren.

13. Baustellenräumung (zu § 4 Abs. 2 und § 5 Abs. 1)

- 13.1 Die Baustelle ist so bald wie möglich zu räumen. Befolgt die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer eine dahingehende Aufforderung nicht innerhalb angemessener Frist, so kann die Auftraggeberin/der Auftraggeber die Baustelle auf Kosten der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers räumen lassen. Die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin/den Auftraggeber 10 Tage vor der Räumung der Baustelle hiervon zu unterrichten.
- 13.2 Von der Auftraggeberin/Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind bei der Räumung im früheren Zustand zurückzugeben, soweit dies möglich ist und die spätere Verwendung dies erfordert.
- 13.3 Erfolgt die Anzeige gem. Nr. 13.1 nicht, verbleibt die Verkehrssicherungspflicht bis zur Kenntnisnahme der Auftraggeberin/des Auftraggebers bei der Auftragnehmerin/beim Auftragnehmer.

14. Stoffprüfungen (zu § 4 Abs. 1 Nr. 2)

Verlangt die Auftraggeberin/der Auftraggeber Güte- und Gebrauchsprüfungen von Stoffen und Bauteilen, die über die in den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) vorgeschriebenen oder sonst vertraglich vereinbarten nach Art und Umfang hinausgehen, so erhält die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer hierfür eine besondere Vergütung; sie/er hat in diesen Fällen nach Weisung der Auftraggeberin/des Auftraggebers die Proben zu entnehmen oder herzustellen und diese prüfen zu lassen. Die Bestimmungen von § 18 Abs. 3 bleiben unberührt.

15. Nachunternehmerinnen/Nachunternehmer (zu § 4 Abs. 8)

- 15.1 Nachunternehmerinnen/Nachunternehmer sind bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.
- 15.2 Die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Weitervergabe von Bauleistungen an Nachunternehmerinnen/Nachunternehmer nach §§ 2, 7 bis 9, 15 und 16 VOB/A und bei der Weitervergabe von Lieferleistungen nach §§ 2, 9 bis 11 sowie 15 und 16 VOL/A zu verfahren. Sie/Er hat den Verträgen mit Nachunternehmern die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B) bzw. die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) zugrunde zu legen.
- 15.3 Die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer darf der Nachunternehmerin/dem Nachunternehmer keine - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise - ungünstigeren Bedingungen auferlegen, als zwischen ihr/ihm und der Auftraggeberin/dem Auftraggeber vereinbart sind.
- 15.4 Die Nachunternehmerin/der Nachunternehmer darf die ihr/ihm übertragenen Teilleistungen nicht weitervergeben, es sei denn, die Auftraggeberin/der Auftraggeber hat der Weiterübertragung zuvor schriftlich zugestimmt.

16. Wettbewerbsbeschränkungen (zu § 8 Abs. 4)

Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen (§ 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen - GWB -) sind insbesondere Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bieterinnen/Bietern über

- Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Rundungen sonstiger Entgelte,
- Gewinnaufschläge,
- Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
- Zahlungs-, Lieferungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar den Preis beeinflussen,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
- Gewinnbeteiligung und andere Abgaben sowie
- Empfehlungen,

es sei denn, dass sie nach § 38 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind. Solchen Handlungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihr/ihm beauftragt oder für sie/ihn tätig sind.

17. Auftragsentziehung, Kündigung, Rücktritt (zu § 8); Ausschluss von der Vergabe weiterer Aufträge

- 17.1 Die Auftraggeberin/Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten der Auftraggeberin/des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.

Was unter Vorteilen im Sinne von Absatz 1 zu verstehen ist, richtet sich nach den §§ 331 ff. Strafgesetzbuch (StGB).

- 17.2 Die Auftraggeberin/Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung nach der Nr. 16 dieser zusätzlichen Vertragsbedingungen darstellt.
- 17.3 Die Auftraggeberin/Der Auftraggeber ist berechtigt den Vertrag zu kündigen, wenn die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer gegen Nr. 11 dieser zusätzlichen Vertragsbedingungen verstößt oder vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Erklärungen im Angebots-schreiben abgibt.
- 17.4 Kündigt die Auftraggeberin/der Auftraggeber den Vertrag nach § 8 Abs. 1, so sind Auftraggeberin/Auftraggeber und Auftragnehmerin/Auftragnehmer verpflichtet, einander Auskünfte zu erteilen und dies zu belegen, soweit dies notwendig ist, um die Höhe des Vergütungsanspruchs zu bemessen.
- 17.5 Vor der Kündigung nach Nrn. 17.1 und 17.2 dieser zusätzlichen Vertragsbedingungen wird der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer Gelegenheit gegeben, zu dem Kündigungsgrund Stellung zu nehmen.
- 17.6 Wird nach Nrn. 17.1 oder 17.2 gekündigt, gilt § 8 Abs. 3 bis 7 entsprechend. Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.
- 17.7 Liegt eine Verfehlung im Sinne der Nr. 17.1 oder 17.2 vor, so entscheidet die Auftraggeberin/der Auftraggeber in jedem Einzelfall, ob eine Bewerberin/ein Bewerber oder Bieterin/Bieter wegen Unzuverlässigkeit von der Teilnahme an einem laufenden Vergabeverfahren bzw. der Teilnahme an künftigen Vergabeverfahren ausgeschlossen werden soll. § 16 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bleibt unberührt.

Bei nachgewiesenen Verfehlungen ist die Bewerberin/der Bewerber oder Bieterin/Bieter in der Regel auszuschließen.

Der Nachweis ist erbracht, wenn aufgrund der vorliegenden Tatsachen keine begründeten Zweifel an der Verfehlung bestehen. Bei Verstößen gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), z. B. bei Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen, kommt für den Nachweis auch ein Bußgeldbescheid der Kartellbehörde in Betracht. Verdachtsmomente allein können nicht ausschlaggebend sein.

Bei einem Ausschluss wird die Bewerberin/der Bewerber bzw. Bieterin/Bieter im Regelfall für die Teilnahme an weiteren Ausschreibungen der Auftraggeberin/des Auftraggebers mit einer Mindestsperrfrist von 2 Jahren belegt. In Ausnahmefällen kann mit außerordentlicher Begründung die Ausschlussfrist verkürzt oder verlängert werden. Die betroffenen Bewerberinnen/Bewerber oder Bieterinnen/Bieter werden vor ihrem beabsichtigten Ausschluss angehört. Die Entscheidung wird ihnen schriftlich mitgeteilt.

Bei der Ausschlussentscheidung sind etwaige Auskünfte der Informationsstelle für Vergabeausschlüsse sowie die der Auftraggeberin/dem Auftraggeber bekannten Feststellungen anderer Stellen, etwa des Rechnungsprüfungsamtes, der Strafverfolgungsbehörden und der Landeskartellbehörden und die Besonderheiten des Einzelfalles einzubeziehen. Im Falle des Ausschlusses wird darauf hingewiesen, dass die Ausschlussentscheidung der Informationsstelle des Landes mitgeteilt wird.

Wer von der Teilnahme an Vergabeverfahren ausgeschlossen ist, darf auch nicht als Nachunternehmerin/Nachunternehmer oder in Arbeitsgemeinschaften zugelassen werden.

- 17.8 Tritt die Auftraggeberin/der Auftraggeber gem. Nr. 17.1 oder 17.2 dieser Bedingungen vom Vertrag zurück, so finden die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung. Im Falle der Kündigung ist die bisherige Leistung, soweit die Auftraggeberin/der Auftraggeber für sie Verwendung hat, nach den Vertragspreisen höchstens aber zu marktüblichen Preisen abzurechnen. Die nicht verwendbare Leistung wird der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer auf deren/dessen Kosten zurückgewährt. Schadensersatzansprüche der Auftraggeberin/des Auftraggebers bleiben unberührt. Mit diesen kann die Auftraggeberin/der Auftraggeber gegenüber den vertraglichen Ansprüchen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers aufrechnen.

- 17.9 Wenn die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15 v. H. der Auftragssumme an die Auftraggeberin/den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

18. Haftung, Mitteilung von Bauunfällen (zu § 10)

- 18.1 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer hat alle zur Sicherung der Baustelle nach den gesetzlichen, polizeilichen und Unfallverhütungsvorschriften erforderlichen Maßnahmen unter voller eigener Verantwortung auszuführen oder diese zu veranlassen. Sie/Er verpflichtet sich, die für die Auftraggeberin/den Auftraggeber geltenden Unfallverhütungsvorschriften und die anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln zu beachten. Sie/Er haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen der Auftraggeberin/dem Auftraggeber erwachsenden Schäden. § 10 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 bleibt unberührt.
- 18.2 Bewachung und Verwahrung der Baubuden, Arbeitsgeräte, Arbeitskleider usw. der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers oder ihrer/seiner Erfüllungsgehilfen - auch während der Arbeitsruhe - ist Sache der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers; die Auftraggeberin/der Auftraggeber ist dafür nicht verantwortlich, auch wenn sich diese Gegenstände auf ihren/seinen Grundstücken befinden.
- 18.3 Hat die Auftraggeberin/der Auftraggeber auf Grund gesetzlicher Vorschriften Erfüllungsgehilfen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers Schadenersatz zu leisten, so steht ihr/ihm der Rückgriff gegen die Auftragnehmerin/den Auftragnehmer zu, wenn der Schaden durch Verschulden der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers oder ihrer/seiner Erfüllungsgehilfen verursacht worden ist. Hat ein Verschulden der Auftraggeberin/des Auftraggebers oder ihrer/seiner Erfüllungsgehilfen mitgewirkt, so findet § 254 BGB Anwendung.
- 18.4 Bauunfälle, bei denen Personen- oder Sachschaden entsteht, sind von der Auftragnehmerin/vom Auftragnehmer der Auftraggeberin/dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Die Mitteilung ist von der Auftraggeberin/vom Auftraggeber spätestens innerhalb von zwei Werktagen schriftlich zu bestätigen.

19. Abnahme (zu § 12)

- 19.1 Die Leistung ist grundsätzlich förmlich abzunehmen.
- 19.2 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin/dem Auftraggeber schriftlich in jedem Falle die Fertigstellung der Leistung oder einer Teilleistung (§ 12 Abs. 2) oder das Verlangen einer technischen Abnahme (§ 4 Abs. 10) unverzüglich mitzuteilen und die Abnahme rechtzeitig zu beantragen. Unterlässt die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer diese Mitteilung, so gilt eine Leistung oder Teilleistung nicht dadurch als abgenommen, dass die Auftraggeberin/der Auftraggeber sie in Benutzung genommen hat.

19 A. Verjährungsfrist der Mängelansprüche (zu § 13 Abs. 5 Nr. 1 Satz 3)

Die Verjährungsfrist der Mängelansprüche für Mängelbeseitigungsleistungen endet nicht vor Ablauf der für die Vertragsleistung vereinbarten Verjährungsfrist.

20. Rechnungen, Abrechnungszeichnungen (zu § 14 Abs. 1 und 3)

A) Allgemeines

- 20.1 Die Rechnung ist nur prüfbar, wenn der Rechengang verfolgt und geprüft werden kann.
- 20.2 Werden mehrere Rechnungen eingereicht, so sind sie nach ihrem Zweck als Abschlags-, Teil- oder Schlussrechnungen zu bezeichnen; die Abschlagsrechnungen sind laufend zu nummerieren.
- 20.3 Liegt dem Vertrag ein Leistungsverzeichnis zugrunde, so erhalten in allen Rechnungen die Bezeichnungen der Teilleistungen die Nummern der Ordnungszahlen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses.

Die Bezeichnungen dürfen abgekürzt wiedergegeben werden, wenn die Ausführung nicht von der Leistungsbeschreibung abweicht.

- 20.4 Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung der Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.

Die Abrechnung (Ermittlung der Leistung) erfolgt gemäß DIN 18299 Nr. 5 VOB/C. Werden Aufmaße erforderlich, wird nur das „körperliche Aufmaß“ (Aufmaß an Ort und Stelle) von der Auftraggeberin/vom Auftraggeber anerkannt.

Für alle Leistungen oder Teile derselben, die mit Liefernachweisen abgerechnet werden, müssen die Liefer- und Wiegescheine folgende Angaben enthalten:

- a) Name und Anschrift des Lieferwerkes
- b) Name oder Bezeichnung der Baustelle
- c) Lieferdatum
- d) Lieferscheinnummer der Ausstellerin/des Ausstellers
- e) Art des Liefergutes
- f) amtliches Kennzeichen des Lieferfahrzeuges
- g) Gewichtsangaben in Brutto, Netto und Tara
- h) Wiegezeiten für die Brutto-, Netto- und Tarawägung
- i) Name und Unterschrift der verantwortlichen Vertreterin/des verantwortlichen Vertreters der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers auf der Baustelle.

Erfolgt die Lieferung von einem Zwischenlager, so ist zusätzlich die Angabe des Kastenmaßes des beladenen Fahrzeuges anzugeben. Dieses soll die Ausnahme sein!

Alle Liefer- und Wiegescheine sind im Original unmittelbar während oder nach erfolgter Lieferung der Bauleitung vorzulegen und in eine ständig auf der Baustelle vorzuhaltende Liste der Reihe nach einzutragen.

Liefer- und Wiegescheine sind von der Bauleitung abzuzeichnen, ebenfalls ist die Eintragung in die Liste fortlaufend zu bescheinigen. Diese Listen sind jeweils getrennt nach den verschiedenen Materialien zu führen.

Verspätete oder unvollständig ausgefüllt vorgelegte Liefer- und Wiegescheine werden **nachträglich** nicht anerkannt.

Die Lieferung von Oberboden und Füllboden ist jeweils nach Einzellieferscheinen mit Angabe der Füllmasse der Lieferfahrzeuge abzurechnen.

Für jede Lieferung ist ein Einzellieferschein zu erstellen. Sammellieferscheine sind nicht zulässig und werden nicht anerkannt.

Wiegeprotokolle gem. den besonderen Vorschriften für nicht selbständige Waagen sind auf Verlangen vorzulegen.

Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin/dem Auftraggeber jederzeit die Durchführung von Kontrollwägungen zu ermöglichen. Für Ausfallzeiten wird keine Vergütung gewährt.

Bei schütffähigem Gut, das nicht zum Anhaften neigt, wie z. B. Sand, Kies, wiederaufbereitete (Recycling-) Stoffe, kann der Nachweis des Gewichts durch Wiegescheine von geeichten Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen erfolgen.

Beim Einsatz von Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

- Der Wiegeschein muss eine Erklärung enthalten, dass es sich um eine geeichte Waage handelt und die Zulassungsaufgaben eingehalten werden.
- Anstelle des Ausdruckes von Tara und Bruttogewicht tritt das Nettogesamtgewicht des Ladegutes sowie zusätzlich bei Schaufellader-Waagen die Anzahl der geladenen Schaufeln (Ladevorgänge).
- Der Wiegeschein muss Name und Unterschrift des Bedienungspersonals der Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen enthalten.

20.5 Die Beteiligung der Auftraggeberin/des Auftraggebers an der Ermittlung des Leistungsumfanges gilt nicht als Anerkenntnis.

B) Aufstellen und Prüfen von Rechnungen mit Automatisierter Datenverarbeitung (ADV)

20.6 Stellt die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer ihre/seine Rechnung mit ADV-Programmen auf, müssen die verwendeten Rechenprogramme den REB-Verfahrensbeschreibungen (Sammlung der Regelungen für die elektronische Bauabrechnung) entsprechen. Liegen keine REB-Verfahrensbeschreibungen vor, dürfen mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin/des Auftraggebers auch andere Programme verwendet werden.

Vor Beginn der Ausführung (gemäß den Besonderen Vertragsbedingungen) ist gegebenenfalls getrennt für einzelne Positionen eine Vereinbarung zur Bauabrechnung schriftlich abzuschließen.

Datenübergabe:

Nach Abschluss der Vereinbarung zur Bauabrechnung, spätestens vor Beginn der Bauabrechnung sind von der Auftragnehmerin/vom Auftragnehmer für die vereinbarten Datenarten Testdaten an die Auftraggeberin/den Auftraggeber zu übergeben. Eingabedaten sind auf Datenträgern zu liefern. Diese sind erst nach Durchführung der Leistungsberechnung herzustellen und eindeutig zu kennzeichnen. In der Mengenberechnung der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers ist ein Bezug der Eingabedaten zu den Ausführungs- bzw. Abrechnungsunterlagen herzustellen.

20.7 Werden Rechnungen von der Auftraggeberin/vom Auftraggeber mit ADV geprüft und ergeben sich hierbei Abweichungen von der Rechnung der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers, so gelten die sich aus der Berechnung der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers ergebenden Beträge als vereinbart, wenn die Summe der Prüfberechnung von der Rechnungssumme nicht mehr als 0,1 von Tausend abweicht bzw. größeren Abweichungen, wenn in beiden Berechnungen die Mengen jeweils eine Position um nicht mehr als 1 in der zweiten Stelle hinter dem Komma voneinander abweichen.

Wenn Abweichungen bei jeweils einer Position größer als 1 in der zweiten Stelle hinter dem Komma sind, teilt die Auftraggeberin/der Auftraggeber der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer die abweichenden Ergebnisse der Prüfberechnung mit und gibt ihr/ihm Gelegenheit zur Einsichtnahme in die Prüfberechnung.

Es gilt das jeweils niedrigere Ergebnis, falls nicht auf Grund einer von der Auftragnehmerin/vom Auftragnehmer verlangten gemeinsamen Aufklärung der Abweichungen Fehler in der Rechnung bzw. Prüfberechnung festgestellt und berichtigt werden.

20.8 Stellt die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer in den Eingabebelegen Fehler fest, die Auswirkungen auf den Rechengang haben können, hat sie/er diese der Auftraggeberin/dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

C) Abschlagsrechnungen, Teilschlussrechnungen, Schlussrechnungen

20.9 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen nach den Ordnungszahlen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses aufzuführen, die Nettopreise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze, Stundenlohnzuschläge) anzugeben und der Umsatzsteuerbetrag unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer (§ 13 UStG) geltenden Steuersatzes hinzuzusetzen.

Ist der Steuersatz in der Zeit zwischen Angebotsabgabe und Entstehen der Steuer durch Gesetz geändert worden und sind in diesem Zusammenhang durch die Änderung anderer Steuern Minderbelastungen eingetreten, so sind diese bei der Berechnung des Umsatzsteuerbetrages zu berücksichtigen.

Bereits geleistete Abschlagszahlungen sind am Schluss der Rechnungen einzeln und in der Nummernfolge aufzuführen und abzusetzen.

20.10 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den aktuellen Leistungsstand – aufgegliedert nach Leistungen entsprechend dem Leistungsverzeichnis und Zusätzlichen Leistungen – der Auftraggeberin/dem Auftraggeber spätestens in einem 4-Wochen-Rhythmus vorzulegen.

21. Nachweis und Abrechnung von Stundenlohnarbeiten und Lieferungen (§ 15)

- 21.1 Über Stundenlohnarbeiten hat die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer arbeitstäglich Stundenlohnzettel im Original einzureichen. Die Rechnungen über Stundenlohnarbeiten sind getrennt von den Rechnungen über die sonstigen Leistungen aufzustellen; die Nrn. 20.9 und 20.4 sind anzuwenden.

Die Stundenlohnabrechnungspreise müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln nach Berufs-, Lohn- und Gehaltsgruppen aufgliedert werden.

- 21.2 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer ist auf Verlangen der Auftraggeberin/des Auftraggebers verpflichtet, die tatsächlichen Lohnkosten anhand der Lohnlisten nachzuweisen, soweit nicht Stundenverrechnungssätze vereinbart worden sind.

22. Zahlungsweise (zu § 16)

- 22.1 Die Auftragnehmerin/Der Auftragnehmer kann auf der Rechnung den gewünschten Zahlungsweg angeben, den die Auftraggeberin/der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt. Bei der Nennung der Bankverbindung ist von der Auftragnehmerin/vom Auftragnehmer auch die Bankleitzahl anzugeben.

Zahlungen der Auftraggeberin/des Auftraggebers an die Auftragnehmerin/den Auftragnehmer und umgekehrt sind in Euro zu leisten.

- 22.2 Erklärungen, dass die Zahlungen in bestimmter Weise bewirkt werden sollen, sind für die Auftraggeberin/den Auftraggeber nicht verbindlich.

- 22.3 Als Tag der Zahlung gilt

- a) bei Übergabe oder Übersendung von Zahlungsmitteln der Tag der Übergabe oder der Einlieferung,
- b) bei Bezahlung durch Zahlkarte oder Postanweisung der Tag der Einlieferung,
- c) bei Überweisung oder Auszahlung von einem Konto der Auftraggeberin/des Auftraggebers der Tag der Hingabe oder Absendung des Auftrags an die Post oder Geldanstalt.

- 22.4 Abschlagszahlungen, für die Leistungen überschläglich übermittelt sind, werden bis höchstens 90 v. H. der Aufstellung gewährt.

- 22.5 Auf Antrag werden Abschlagszahlungen gewährt

für Stoffe und Bauteile, die auf der Baustelle angeliefert, aber noch nicht eingebaut sind, soweit sie unter Berücksichtigung der Grundsätze wirtschaftlicher Betriebsführung für einen reibungslosen Bauablauf notwendig sind,

sowie für Bauteile, die für die geforderte Leistung eigens angefertigt und bereitgestellt sind.

- 22.6 Abschlagszahlungen nach Nr. 22.5 werden in Höhe von 70 v. H. des Wertes der Stoffe und Bauteile gewährt; diese werden bewertet, soweit für sie nicht Vertragspreise vereinbart sind.

- a) bei Fremdbezug zu Einkaufspreisen, bei Entnahme aus dem Lager der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers zu Wiederbeschaffungspreisen;
- b) bei Eigenfertigung zu Herstellungskosten (Werkstoffkosten, Fertigungslohnkosten und Fertigungsgemeinkosten).

- 22.7 Für Abschlagszahlungen nach Nr. 22.5 hat die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer Aufstellungen einzureichen, aus denen Menge, Wert und Zeitpunkt der Anlieferung oder der Bereitstellung der zur Ausführung der Leistungen benötigten Stoffen und Bauteile hervorgehen.

- 22.8 Für Abschlagszahlungen nach Nr. 22.5 ist stets ausreichende Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaften nach vorgeschriebenem Muster der Stadt Bielefeld zu leisten.

- 22.9 Von der Auftragnehmerin/Vom Auftragnehmer angebotenes Skonto wird von jedem Abschlags- und Schlussrechnungsbetrag abgezogen, für den die geforderten Zahlungsfristen eingehalten werden.

Soweit Skonto vereinbart ist, beginnen die Skontofristen mit dem Tag des Eingangs der prüfbaren Rechnungen (Eingangsstempel der Empfangsstelle).

- 22.10 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für die Auftraggeberin/den Auftraggeber an die/den für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreterin/bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft (federführendes Mitglied) oder nach deren/dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

23. Abtretung (zu § 16)

- 23.1 Forderungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers gegen die Auftraggeberin/den Auftraggeber können unter folgenden Bedingungen abgetreten werden:

- a) Die Abtretung erstreckt sich auf alle Forderungen aus einem genau zu bezeichnenden Auftrag. Sie umfasst außer diesem Auftrag auch etwaige Nachträge, die als solche bezeichnet sind. Abgetreten ist der noch ausstehende Betrag in voller Höhe.
- b) Eine weitere Abtretung durch die neue Gläubigerin/den neuen Gläubiger ist ausgeschlossen.
- c) Die Abtretung wirkt gegenüber der Auftraggeberin/dem Auftraggeber - und zwar vom angezeigten Abtretungsdatum ab - erst, wenn sie der Auftraggeberin/dem Auftraggeber von der alten Gläubigerin/vom alten Gläubiger (Auftragnehmerin/Auftragnehmer) und von der neuen Gläubigerin/vom neuen Gläubiger unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle und des Auftrags schriftlich angezeigt worden ist. Sind Ansprüche aus mehreren Aufträgen abgetreten worden, so muss jede Abtretung auf einem gesonderten Formblatt angezeigt werden.

- 23.2 Die Auftraggeberin/Der Auftraggeber bestätigt der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer den Eingang der Abtretungsanzeige.

- 23.3 Nach § 354 a HGB kann die Auftraggeberin/der Auftraggeber auch nach Anzeige der Abtretung mit befreiender Wirkung an die/Auftragnehmerin/den Auftragnehmer (bisherige Gläubigerin/bisheriger Gläubiger) leisten.

23.4 Werden im Hinblick auf die abgetretene Forderung von mehreren Dritten Rechte geltend gemacht, so ist die Auftraggeberin/der Auftraggeber berechtigt, ohne weitere Begründung zwecks Befreiung von ihrer/seiner Verbindlichkeit bei einer zuständigen Stelle zu hinlegen oder mit befreiender Wirkung an die Auftragnehmerin/den Auftragnehmer zu leisten.

23.5 Bei Abtretungen verlängert sich die Frist des § 16 Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 um 4 Monate.

24. Erstattungen (zu § 16)

24.1 Werden nach Annahme der Schlusszahlung Fehler in den Unterlagen der Abrechnung (§ 14 Abs. 1 Satz 1) festgestellt, so ist die Schlussrechnung zu berichtigen; Auftraggeberin/Auftraggeber und Auftragnehmerin/Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich daraus ergebenden Beträge zu erstatten.

Fehler im Sinne von Absatz 1 sind:

- a) Aufmaßfehler, d. h. Abweichungen in Aufmaßlisten und Abrechnungszeichnungen von der tatsächlichen Ausführung oder untereinander;
- b) Rechenfehler, d. h. Fehler in der Anwendung der allgemeinen Rechenregeln der Rechnungsarten (einschl. Kommafehler);
- c) Übertragungsfehler einschl. Seitenübertragungsfehlern.

Das Verlangen nach Berichtigung derartiger Fehler gilt nicht als Nachforderung im Sinne von § 16 Abs. 3 Nr. 2.

24.2 Sonstige Ansprüche der Auftraggeberin/des Auftraggebers aus § 812 ff. BGB werden durch Nr. 24.1 nicht berührt.

24.3 Bei Rückforderungen der Auftraggeberin/des Auftraggebers aus Überzahlungen (§ 812 ff. BGB) kann sich die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

24.4 Im Falle der Überzahlung hat die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet sie/er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet sie/er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.

25. Vertragserfüllungs-, Mängelanspruchs- und Abschlags- oder Vorauszahlungsbürgschaft (zu § 17)

25.1 Hat die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer eine Bürgschaft zu stellen, so muss sie nach dem vorgeschriebenen Muster der Stadt Bielefeld von einem in den Europäischen Gemeinschaften zugelassenen Kreditinstitut oder Kreditversicherer gestellt werden. Die Auftraggeberin/der Auftraggeber kann einen von der Auftragnehmerin/vom Auftragnehmer vorgeschlagenen Bürgen ablehnen.

25.2 Urkunden über Vertragserfüllungsbürgschaften werden nach Empfang der Schlusszahlung auf Verlangen zurückgegeben, wenn die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer die Leistungen vertragsgemäß erfüllt, etwa erhobene Ansprüche auf Schadenersatz oder Erstattung von Überzahlungen befriedigt und die Sicherheit für die Erfüllung der Mängelansprüche geleistet hat.

25.3 Urkunden über Mängelanspruchsbürgschaften werden auf Verlangen zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche einschließlich Schadenersatz abgelaufen und die bis dahin erhobenen Ansprüche - auch auf Erstattung von Überzahlungen - erfüllt worden sind. Durch die Rückgabe der Urkunden werden weitere Ansprüche auf Erstattung von Überzahlungen nicht berührt.

25.4 Urkunden über Abschlagszahlungsbürgschaften werden auf Verlangen zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut worden sind.

25.5 Urkunden über Vorauszahlungsbürgschaften werden auf Verlangen zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 2 auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

26. Geschäftsbedingungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers

Bedingungen der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers, insbesondere Allgemeine Geschäftsbedingungen, gelten nur dann, wenn sie von der Auftraggeberin/vom Auftraggeber ausdrücklich und schriftlich angenommen sind.

27. Vertragsänderungen

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform.

28. Erfüllungsort ist Bielefeld.

29. Gerichtsstand ist Bielefeld.

Sind die Vertragsparteien Vollkaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliche Sondervermögen, so gilt Bielefeld als Gerichtsstand uneingeschränkt.

Besondere Vertragsbedingungen der Stadt Bielefeld zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen)

Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen verpflichtet. Die weiteren Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt. Hierzu vereinbaren die Parteien Folgendes:

1. Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen

1.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet,

- a) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich
 - eines nach dem Tarifvertragsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages,
 - eines nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder
 - einer nach den §§ 7, 7a oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Rechtsverordnung unterfällt,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die in dem Tarifvertrag oder der Rechtsverordnung verbindlich vorgegeben werden.

- b) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene (§ 1 Abs. Absatz 3 TVgG) seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen nachvollziehen.
- c) bei der Ausführung der Leistung seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) wenigstens ein Entgelt in Höhe des allgemeinen Mindestlohns, nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen. Diese Pflicht gilt auch, sofern das gemäß lit. a) und b) zu zahlende Entgelt das Mindeststundenentgelt nach dem Mindestlohngesetz unterschreitet.

1.2. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die bei der Ausführung des Auftrags beteiligten Nachunternehmer die in Ziffer 1.1. genannten Pflichten ebenfalls einhalten.

1.3. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nur, sofern die ausgeschriebene Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nicht für Auftragnehmer, die unter § 224 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 sowie § 226 des Neunten Sozialgesetzbuches fallen.

2. Kontroll- und Prüfrecht

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen während der Auftragsausführung zu überprüfen. Hierzu ist der Auftragnehmer verpflichtet,

- a) dem Auftraggeber auf dessen Verlangen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, aus denen sich die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen zweifelsfrei ergibt. Sofern diese Unterlagen personenbezogene Daten enthalten, erfolgt die Vorlage in anonymisierter Form sowie unter Beachtung des Datenschutzrechts.
- b) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.

3. Kündigung aus wichtigem Grund; Vertragsstrafe

3.1. Der Auftraggeber kann den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist unter anderem kündigen,

- a) wenn der Auftragnehmer eine Pflicht aus Ziffer 1. verletzt,
- b) wenn der Auftragnehmer nicht sicherstellt, dass die Nachunternehmer eine Pflicht aus Ziffer 1. einhalten oder
- c) wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten aus Ziffer 2. nicht nachkommt.

3.2. In den in Ziffer 3.1. genannten Fällen, verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe, deren Höhe eins von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu fünf von Hundert des Auftragswertes beträgt. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch den Auftraggeber ist nicht ausgeschlossen, jedoch wird die verwirkte Vertragsstrafe auf den weiteren Schadensersatz des Auftraggebers angerechnet.

3.3. Im Übrigen berühren Ziffer 3.1. und 3.2. nicht die weiteren Rechte der Vertragsparteien.

Besondere Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (660.33)

1. Objektüberwachung und Anordnungsbefugnis nach § 4 Nr. 1

Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.

Die Auftragnehmer/in/der Auftragnehmer kann sich nicht darauf berufen, nicht oder nur ungenügend überwacht worden zu sein.

2. Preise und Vertragsform (§ 2 Nr. 2)

2.1 Eine Lohnleitklausel wird nicht vereinbart.

2.2 Eine Stoffpreisleitklausel wird nicht vereinbart.

2.3 Für die Leistungen wird die Vergütung berechnet, die sich nach den vertraglichen Einheitspreisen und den tatsächlich ausgeführten Leistungen ergibt (Einheitspreisvertrag).

3. Ausführungsfristen (§ 5)

3.1 Beginn und Fertigstellung der Vertragsarbeiten: siehe Baubeschreibung

3.2 Änderungsvorschläge zur Ausführungszeit sind **nicht zulässig**.

4. Vertragsstrafen (§ 11)

Eine Vertragsstrafe wird nicht vereinbart.

5. Abnahme (§ 12)

Eine förmliche Abnahme wird vereinbart.

6. Verjährung der Mängelansprüche (§ 13)

Ergänzend zu den Regelungen der VOB werden keine besonderen Vereinbarungen getroffen.

7. Rechnungen (§ 14)

Rechnungen mit den notwendigen Rechnungsunterlagen (z. B. Massenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind an die Stadt Bielefeld, Amt für Verkehr -660.33-, 33597 Bielefeld, einzureichen.

8. Sicherheitsleistung (§ 17)

Eine Sicherheitsleistung wird nicht vereinbart

9. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

9.1 Nachweis Haftpflichtversicherung

Die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer hat bei Auftragserteilung den Nachweis über das wirksame Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung für die Zeit der Auftragserfüllung für ihren/seinen Betrieb zu erbringen. Die Deckungssummen müssen pro Schadensfall mindestens betragen:

für Personenschäden 1.000.000 €

für sonstige Schäden (Sach- und / oder Vermögensschäden) 500.000 €

Mitversichert sein müssen allmähliche Einwirkung (§ 415 AHB), Mangelfolgeschäden, Bearbeitungsschäden mit 5.000 € pro Schadensereignis (§ 416 b AHB).

Durch die Unterhaltung der Haftpflichtversicherung wird der Umfang der Haftung der Auftragnehmerin/des Auftragnehmers nicht eingeschränkt.

Die Auftragnehmerin/der Auftragnehmer ist verpflichtet, der Auftraggeberin/dem Auftraggeber vor Beginn der Arbeiten den Nachweis des Bestehens der Haftpflichtversicherung im vorgenannten Umfang nachzuweisen.

9.2 Bauleistungsversicherung

Für die Baumaßnahme wird vom Auftraggeber keine Bauleistungsversicherung abgeschlossen. Der Auftragnehmerin/dem Auftragnehmer wird der Abschluss einer Bauleistungsversicherung empfohlen.

Individualvereinbarung

Schlusszahlung Für die Schlusszahlung nach VOB/B § 16 (3) Nr.1 wird eine Frist von 60 Tage aus organisatorisch bedingten Verwaltungsabläufen vereinbart, die sich auch auf die Geltendmachung eines Verzugs Schadens nach § 16 (5) Nr.3 auswirkt.

Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 ff GWB

1. Ich/Wir erkläre(n), dass

- keine Person, deren Verhalten¹ meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt und auch gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach²:
 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, sowie auch gegen öffentliche Haushalte richtet,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, sowie auch gegen öffentliche Haushalte richtet,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
 9. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 10. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 11. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis und 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung),
- mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich/wir mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe(n).

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

² Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

2. Ich/wir erkläre(n),

dass mein/unser Unternehmen nicht

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens³ infrage gestellt wird

und dass andere Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 2 GWB ebenfalls nicht erfüllt sind.⁴

Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen kann.

Sofern diese Erklärung für Bewerber-/Bietergemeinschaften gelten soll, sind alle Mitglieder der Gemeinschaft in Form von Name, Vorname oder Unternehmensbezeichnung aufzuführen.

Name, Vorname oder Unternehmensbezeichnung

Hinweis:

Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, ausreichende Maßnahmen getroffen zu haben, sodass trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder Sie die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet haben. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung bzw. dem Angebot beizufügen.

(Ort und Datum)

(Unterschrift der Bieter/d. Bieters/Bieterin mit Firmenstempel)

Hinweis für Angebote in Schriftform: Die Erklärung ist zu unterschreiben.

Hinweis für elektronische Angebote: Die Unterschrift auf diesem Vordruck entfällt.

³ siehe Fußnote 1 auf vorheriger Seite

⁴ Dies betrifft Ausschlussgründe nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c des Aufenthaltsgesetzes § 19 Mindestlohngesetz und § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz sowie § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, sofern der Anwendungsbereich des § 1 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (u. a. mind. 1.000 Mitarbeiter im Inland) eröffnet ist.

Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer

Vergabenummer

Vergabeart

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Öffentliche Ausschreibung | <input type="checkbox"/> Offenes Verfahren |
| <input type="checkbox"/> Beschränkte Ausschreibung | <input type="checkbox"/> Nichtoffenes Verfahren |
| <input type="checkbox"/> Freihändige Vergabe | <input type="checkbox"/> Verhandlungsverfahren |
| <input type="checkbox"/> Internationale NATO-Ausschreibung | <input type="checkbox"/> Wettbewerblicher Dialog |

Baumaßnahme

Leistung

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bewerber*)
<input type="checkbox"/> Bieter*)
<input type="checkbox"/> Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft*)
<input type="checkbox"/> Nachunternehmer*)
<input type="checkbox"/> anderes Unternehmen*) | |
|---|--|

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Euro

Euro

Euro

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten fünf Kalenderjahren bzw. dem in der Auftragsbekanntmachung angegebenen Zeitraum¹ vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Bei einem Teilnahmewettbewerb füge(n) ich/wir meinem/unserem **Teilnahmeantrag** eine Referenzliste bei.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir drei Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

*) zutreffendes ankreuzen

¹ Der längere Zeitraum ist maßgebend.

Angaben zu Arbeitskräften

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angeben.

Registereintragungen

Ich bin/Wir sind

- ☐ im Handelsregister eingetragen.
- ☐ für die auszuführenden Leistungen in die Handwerksrolle eingetragen.
- ☐ bei der Industrie- und Handelskammer eingetragen.
- ☐ zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorlegen:

Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- ☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 6e EU VOB/A vorliegen.
- ☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
- ☐ für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 6 VOB/A vorliegt.
- ☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 1 bis 4 VOB/A vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse², eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen³ sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

² soweit mein Betrieb beitragspflichtig ist

³ soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

(Ort, Datum, Unterschrift)⁴

⁴ nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist


Bieter	Vergabenummer	Datum
Baumaßnahme		
Leistung		

Angaben zur Kalkulation mit vorbestimmten Zuschlägen

1	Angaben über den Verrechnungslohn	Zuschlag %	€h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohngleitklausel vereinbart wird		
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne, als Zuschlag auf ML		
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder, als Zuschlag auf ML		
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)		
1.5	Zuschlag auf Kalkulationslohn (aus Zeile 2.4, Spalte 1)		
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5, VL im Formblatt 223 berücksichtigen)		

2	Zuschläge auf die Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten	Zuschläge in % auf				
		Lohn	Stoffkosten	Gerätekosten	Sonstige Kosten	Nachunternehmerleistungen
2.1	Baustellengemeinkosten					
2.2	Allgemeine Geschäftskosten					
2.3	Wagnis und Gewinn					
2.3.1	Gewinn					
2.3.2	betriebsbezogenes Wagnis¹					
2.3.3	leistungsbezogenes Wagnis²					
2.4	Gesamtzuschläge					

¹ Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko² Mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis

3.	Ermittlung der Angebotssumme			
		Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Her- stellungskosten €	Gesamt- zuschlä- ge gem. 2.4 %	Angebotssumme €
3.1	Eigene Lohnkosten Verrechnungslohn (1.6) x Gesamtstunden			
	x			
3.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)			
3.3	Gerätekosten (einschließlich Kosten für Energie und Be- triebsstoffe)			
3.4	Sonstige Kosten (vom Bieter zu erläutern)			
3.5	Nachunternehmerleistungen ³			
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer				

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

[illegible]

3 Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

(Preisermittlung bei Kalkulation über die Endsumme)

Bieter	Vergabenummer	Datum
Baumaßnahme		
Leistung		

Angaben zur Kalkulation über die Endsumme

1.	Angaben über den Verrechnungslohn	Lohn €/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohngleitklausel vereinbart wird	
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne	
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder	
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)	

Berechnung des Verrechnungslohnes nach Ermittlung der Angebotssumme (vgl. Blatt 2)

1.5	Umlage auf Lohn (Kalkulationslohn x v.H. Umlage aus 2.1)	€/h	v.H.	
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5)			

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

(Preisermittlung bei Kalkulation über die Endsumme)

Ermittlung der Angebotssumme		Betrag €	Gesamt €	Umlage Summe 3 auf die Einzelkosten für die Ermittlung der EH-Preise	
2	Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten			%	€
2.1	Eigene Lohnkosten Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x				
2.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)			x	
2.3	Gerätekosten (einschl. Kosten für Energie und Betriebsstoffe)			x	
2.4	Sonstige Kosten (Vom Bieter zu erläutern)			x	
2.5	Nachunternehmerleistungen ¹			x	
Einzelkosten der Teilleistungen (Summe 2)				noch zu verteilen	

Zusammensetzung der Umlagesummen				
	Umlage gesamt (€)	Anteil BGK (€)	Anteil AGK (€)	Anteil W+G (€)
2.1 eigene Lohnkosten				
2.2 Stoffkosten				
2.3 Gerätekosten				
2.4 Sonstige Kosten				
2.5 Nachunternehmerleistungen				

3	Baustellengemeinkosten, Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn		
3.1	Baustellengemeinkosten (soweit hierfür keine besonderen Ansätze im Leistungsverzeichnis vorgesehen sind)		
3.1.1	Lohnkosten einschließlich Hilfslöhne Bei Angebotssummen unter 5 Mio € : Angabe des Betrages Bei Angebotssummen über 5 Mio € : Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x		
3.1.2	Gehaltskosten für Bauleitung, Abrechnung Vermessung usw.		
3.1.3	Vorhalten u. Reparatur der Geräte u. Ausrüstungen, Energieverbrauch, Werkzeuge u. Kleingeräte, Materialkosten f. Baustelleneinrichtung		
3.1.4	An- u. Abtransport der Geräte u. Ausrüstungen, Hilfsstoffe, Pachten usw.		
3.1.5	Sonderkosten der Baustelle, wie techn. Ausführungsbearbeitung, objektbezogene Versicherungen usw.		
Baustellengemeinkosten (Summe 3.1)			
3.2	Allgemeine Geschäftskosten (Summe 3.2)		
3.3	Wagnis und Gewinn (Summe 3.3)		
3.3.1.	Gewinn		
3.3.2	Betriebsbezogenes Wagnis (Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko)		
3.3.3	Leistungsbezogenes Wagnis (mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis)		
Umlage auf die Einzelkosten (Summe 3)			
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer (Summe 2 und 3)			

¹ Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Bieterangabenverzeichnis

1. Angaben zu Sicherheit und Gesundheitsschutz

Die folgende Erklärung ist vom Bieter auszufüllen.

Projekt/Maßnahme

Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz]

Firma:

Gewerk:

[Fliesenlegerarbeiten]

Name:

(Aufsichtsführende/Aufsichtsführender vor Ort, Bauleiterin/Bauleiter)

Funktion:

Telefon:

Email Bauleiterin/Bauleiter:

(Für Protokolle der Baustellensicherheitsbegehungen)

Es gilt die **Fremdfirmenrichtlinie der Stadt Bielefeld**. Diese kann bei Bedarf bei der aus-schreibenden Stelle eingesehen bzw. angefordert werden.

1.	Voraussichtliche Anzahl der Beschäftigten auf der Baustelle:	_____ Beschäftigte
2.	Arbeitssicherheitstechnische Betreuung der Firma durch Name: _____ Tel.: _____ (Fachkraft für Arbeitssicherheit) Fax: _____	
3.	Besonders gefährliche Arbeiten nach Anlage 2 der Baustellenverordnung werden durchgeführt (u. a. Arbeiten in Gräben mit einer Tiefe von mehr als 5 m oder Arbeiten mit der Gefahr des Absturzes aus einer Höhe von mehr als 7 m; Arbeiten mit explosionsgefährlichen, hochentzündlichen, krebserzeugenden Stoffen; mit Sprengstoff; Arbeiten, bei denen die Gefahr des Ertrinkens besteht; Brunnenbau, Arbeiten neben Freileitungen, unterirdische Erdarbeiten und Tunnelbau; Arbeiten mit Massivbauelementen mit mehr als 10 t Einzelgewicht).	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein falls ja, sind besondere Sicherungsmaßnahmen mit der/dem Si-GeKo zu besprechen.
4.	Alleinarbeit (nur eine Person vor Ort am Arbeitsplatz) ist vorgesehen:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
5.	Es werden feuergefährliche Arbeiten durchgeführt: Wenn ja, ist eine schriftliche Erlaubnis der/des AGKo erforderlich.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
6.	Name der/des Verantwortlichen für Verkehrssicherung gem. RSA: Bei den Sicherungsmaßnahmen auf der Baustelle des Arbeits- und Verkehrsbereiches ist auch die/der SiGeKo zu beteiligen.	nicht benötigt <hr/> Name der/des Verantwortlichen
7.	Für das Verhalten beim Begehen, Aufenthalt und Arbeiten im Gleisbereich gilt die Dienstanweisung der moBiel GmbH. Die Genehmigung (BETRA) wird rechtzeitig durch die Auftraggeberin eingeholt. Der Arbeitsbereich darf erst nach Vorlage der Betra und Einweisung vor Ort betreten werden	
8.	Es wird sichergestellt, dass ein ausgebildeter Ersthelfer und der entsprechende Verbandskasten vor Ort vorhanden ist.	

2. Erklärung des Bieters zu Nachunternehmern

Die folgende Erklärung ist auszufüllen.

☒ Auch die **Namen** der Nachunternehmer sind bereits bei Angebotsabgabe anzugeben.

Vom Bieter auszufüllen:

- ☐ Ich setze zur Abarbeitung der angebotenen Leistungen keine Nachunternehmer ein.
- ☐ Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen mit den dazugehörigen Ordnungszahlen (OZ) der Leistungsbeschreibung und auf Verlangen der Vergabestelle die Namen der Nachunternehmer.

Nachunternehmer 1:

(Name, Ort, wenn verlangt)

OZ	Beschreibung der Teilleistung

Nachunternehmer 2:

(Name, Ort, wenn verlangt)

OZ	Beschreibung der Teilleistung

Nachunternehmer 3:

(Name, Ort, wenn verlangt)

OZ	Beschreibung der Teilleistung

3. Angaben zum Lohn

Diese Angaben sollen mit dem Angebot eingereicht werden. Alternativ können auch die ausgefüllten Formblätter 221 oder 222 VHB Bund eingereicht werden.

Der dem Angebot zugrundeliegende Mittelohn beträgt: €

(Kalkulation) Zuschlag %: €

insgesamt: €

(Materiallieferung) Zuschlag %: €

(Fremdleistung) Zuschlag %: €

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Leistungsbeschreibung:

Erneuerung/Austausch Taktiles Leitsystem Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz in Bielefeld

1. Allgemeines:

Die Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (BBVG) beabsichtigt, die taktilen Systeme (Leitindikatoren im öffentlichen Raum) der unterirdischen Stadtbahnhaltestelle "Jahnplatz" an die aktuellen Anforderungen durch Austausch und Ersatz anzupassen. Die Stadt Bielefeld wird diese Maßnahme im Auftrag der BBVG umsetzen.

In den Sommerferien 2026 sollen die Bahnsteigebene (-2) taktil ertüchtigt werden.

Aufgrund von zeitgleich laufenden Gleisbauarbeiten (moBiel) wird die Haltestelle auf der Bahnsteigebene -2 während der gesamten Sommerferienzeit für Besucher gesperrt sein. Am Süd-Ausgang wird auf den auf der Verteilerebenen -1 die öffentliche Zugänglichkeit für die WC-Anlagen, den Kiosk und das "moBiel Service-Center" aufrechtgehalten.

Gleiches gilt für den Kiosk am Nordausgang.

Die Genehmigungen für die erforderlichen Verkehrssperrungen werden durch den AG beantragt und erteilt, und müssen daher für den AN nicht berücksichtigt werden. Auch das Absperrmaterial auf den Verteilerebenen wird durch den AG bestellt und zur Benutzung durch den AN zu Verfügung gestellt.

Während der Bauzeit ist der reguläre Bahnverkehr gestoppt. Die Bahnsteige können auf gesamter Länge für die Materiallagerung der Werksteinplatten genutzt werden. Dabei ist Belastbarkeit der Fahrsteige mit max. 500 kg/m² zu beachten.

Der Gleisbereich muss jedoch jederzeit für Gleisfahrten durch "moBiel" passierbar sein. Die Arbeitsgrenze befindet sich auf der Innenkante der Bahnkantensteine.

2. Verkehrssicherung Baustelleneinrichtungsflächen:

Die Absicherung und die Genehmigung der Baustelleneinrichtungsflächen an der Stresemannstraße, vor dem Haus der Technik (Richtung Friedrich Verleger Str.) und im Bereich Commerzbank an der Bahnhofstraße wird in Abstimmung mit dem AN vom AG hergestellt und beantragt.

3. Zeitraum:

Die im Folgenden beschriebenen Leistungen sind zwingend in den Sommerferien im Zeitraum vom 03.08. - 01.09.2026 durchzuführen und fertigzustellen!

Der zeitgleiche Einsatz von 2 Arbeitskolonnen ist damit erforderlich!

4. Materialbestellung durch Stadt Bielefeld

Sämtliche zum Einsatz kommenden Betonwerksteinplatten wurden bereits im Vorfeld durch die Stadt Bielefeld bestellt, und werden dem AN zur Verfügung gestellt.

Die Betonwerksteinplatten werden vom Herstellerwerk an einen Baustoffhändler geliefert. In Abstimmung mit dem AN erfolgt die Materialanlieferung durch den Baustoffhändler frei Baustelle auf Anfrage auch chargenweise. Der Materialtransport mit der entsprechenden Verteilung von der zentralen Anlieferungsstelle am Jahnplatz bis zu den Einbauorten an den Fahrsteigen erfolgt durch den AN unter Berücksichtigung der Transportkapazitäten der Aufzüge. Diese Leistung ist in die einzelnen Positionen mit einzukalkulieren.

5. Materialanlieferung/ Werkzeuglagerung:

Der Auftragnehmer ist verantwortlich für den Materialtransport und Werkzeuglagerung

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

innerhalb der Baustelle. Jeweils ein Aufzug am Nord- und Süd-Ausgang mit Anbindung der Verteilerebene -1 stehen zur Verfügung. Diese sind durch Schutzverkleidungen gem. LV-Position gegen Beschädigungen von innen zu schützen.

Im Süd-Ausgang kann der Aufzug PA 06 am Haus der Technik, Tragkraft 1.350 kg, lichte Türbreite 1,05 m, Kabinenmaß 1,30 x 2,00 m H=2,20m genutzt werden.

Für den Nord-Ausgang steht der Aufzug PA 10 mit Zugänglichkeit von der Herforder-Str. zur Verfügung Tragkraft 1.350 kg, lichte Türbreite 0,85 m, Kabinenmaß 1,30 x 2,00 m, H=2,2m.

Beide Aufzüge bedienen die Ebene 0 bis -1,

Für Materialeinbringung auf die Ebene -2 (Fahrsteigebebe) kann am Süd-Ausgang auf Ebene -1 der unmittelbar gegenüberliegende Aufzug zur Ebene -2 (ca. 10 m Entfernung) genutzt werden (Kabinenmaß 2,10m/1,40m/2,20m Traglast 1450kg).

6.Schadstoffe

Eine durchgeführte Schadstoffuntersuchung/Analyse im Dezember 2025 ergab keine kritischen Befunde. Weder asbesthaltige Kleber noch bitumenhaltige Zwischenlagen mit erhöhtem Teergehalt konnten festgestellt werden.

7.Ausführung

Aktuell befinden sich in der Haltestelle Jahnplatz Leitsysteme, welche aus eingeschlitzten Metallschienen bestehen (Bild 1). Diese und die beidseitig angrenzenden Werksteinplatten werden durch neue 3-reihig verlegte Betonwerksteinplatten, im mittleren Streifen als taktiler Leitstreifen ausgeführt, ersetzt.

Bild 1



In der Ausführung bedeutet das den Abbruch der bestehenden Plattenreihen (d= 4,1cm) auf einer Breite von ca. 90 cm und den Einbau von 2 farblich kontrastierenden, glatten schwarzen Werksteinplatten als Begleitstreifen im Format 30 x 30 cm, d= 3 cm. Mittig davon erfolgt der Einbau einer taktilen Rillenplatte als Leitstreifen im Format 30 x 30 cm, Plattendicke ca. 2 cm, Farbton weiß. Der Einbau der neuen Werksteinplatten erfolgt im Wesentlichen an der Stelle des vorhandenen, abgängigen Bestandleitsystems.

Die beschriebenen Maßnahmen werden ausgeführt an den Bahnsteigen Ebene -2, beidseitig an den Rändern, und auf der Verteilerebene -1 am Nord- und Süd-Ausgang. Ergänzend sollen die bestehenden, nachleuchtenden Fluchtwegronden (Bild 2), welche in der gesamten Haltestelle in den Bestandsplatten eingelassen wurden, entfernt werden. Da sich diese zum Großteil im Bereich der neu verlegten Werksteinplatten befinden, entfallen diese damit sowieso im Zuge der Abbrucharbeiten. Die verbleibenden

Projekt: IN26-009

Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz

LV: 03

Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Fluchtwegronden werden dann ausgebaut und die Bohrlöcher verschlossen.

Bild 2



8. Baustelleneinrichtung, s. auch anliegender BE-Plan

Eine Zugangssicherung für Publikumsverkehr erfolgt durch den AN über die zur durch den AG zur Verfügung gestellten Absperrschranken und Beschilderungen (siehe Punkt 2).

Die Unzugänglichkeit des gesamten Haltestellenbereichs für Publikum während der Nachtzeiten wird durch den AG sichergestellt.

Standorte für Anlieferung, Lagerflächen, Estrichmischung, für Mulden und Baustellen-WC's an der Oberfläche (Jahnplatz, Herforder Straße) stehen zur Verfügung und sind durch den AN zu einzurichten, vorzuhalten und zum Abschluss der Maßnahme rückzubauen.

Bauzäune und Absperrungen werden gestellt. Erforderlichen Sondergenehmigungen werden durch die Stadt Bielefeld eingeholt und müssen nicht vom AN berücksichtigt werden. Weitere Angaben sind dem anliegenden BE-Plan zu entnehmen.

Strom- und Wasseranschlüsse stehen auf der Bahnsteigebene zur Verfügung (230 V /380V), auf den Verteilerebenen befinden sich ebenfalls Wasser- und Stromanschlüsse, s.

Angaben in den beiliegenden Planunterlagen.

Die vorhandenen Toilettenanlagen auf der Haltestellenebene stehen für die Handwerker leider nicht zur Verfügung.

9. Allgemeine Erläuterungen

Abschließbare Räumlichkeiten für die Lagerung von Werkzeugen, Material sind in den Haltestellen-Ebenen vorhanden und werden dem AN zur Verfügung gestellt.

Brandmeldeanlage, Rauchansaugsystem während Arbeitszeit: Die von der Baumaßnahme betroffenen Bereiche der Haltestelle Jahnplatz werden während der Bauarbeiten von der Überwachung durch die BMA/RAS ausgenommen..

Baureinigung: Die Übergabe des AN nach Abschluss der Arbeiten an den Bauherrn erfolgt besenrein. Eine abschließende Reinigung der Ebenen erfolgt seitens der moBi.

Sämtliche weitere, für die eigene Leistung des Auftragnehmers erforderlichen Gerüste und Montageeinrichtungen, etc. sind in den Positionen zur Baustelleneinrichtung anzubieten.

Dem Angebot liegen die besonderen Vertragsbedingungen des Auftraggebers, die aktuelle Fassung der VOB Teil B und C, soweit sie diese Ausschreibung betreffen, und das Leistungsverzeichnis zugrunde.

In die Preise sind folg. Leistungen einzukalkulieren:

- Einbau sämtlicher durch den AG zur Verfügung gestellten Materialien einschl. Zwischenlagern auf der Baustelle sowie Schutzmaßnahmen vor schädlichen Witterungseinflüssen.

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

- Maßnahmen zur Einhaltung aller einschlägigen Vorschriften, insbesondere bezüglich der Unfallverhütung und des Umweltschutzes.
- Alle Leistungen sollen in fix und fertiger Arbeit inkl. Nebenleistungen kalkuliert und angeboten werden.
- Die einschlägigen Arbeitsschutzbestimmungen sind unbedingt einzuhalten. Den entsprechenden Anordnungen des vom Bauherrn eingesetzten Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators ist Folge zu leisten.
- Der AN ist verpflichtet, an einer Baustelleneinweisung mit allen Gewerken teilzunehmen. Außerdem hat er an den regelmäßigen, einmal wöchentlich stattfindenden Baustellenbesprechungen teilzunehmen, die während bzw. vor seinen Arbeitszeiträumen auf der Baustelle stattfinden.

10. Erklärung des Bieters

Die nachstehend aufgeführten Unterlagen, sowie die Landesbauordnung sind dem Auftragnehmer bekannt und werden für den Fall der Auftragserteilung in der zur Zeit gültigen Fassung als verbindliche Bestandteile anerkannt.

- Das Leistungsverzeichnis mit den allgemeinen und technischen Vorbemerkungen und den etwa beigefügten Anlagen und Planungsunterlagen.
- Die "Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen VOB/C (ATV DIN 18333 Betonwerksteinarbeiten)" Stand Auftragsvergabe.
- Die "Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen" VOB, Teil B, Stand Auftragsvergabe.
- Die technischen DIN-Vorschriften und Richtlinien nach ihrem neuesten Stand, soweit sie auf diese Ausschreibung passen, sowie die örtlichen Bestimmungen.
- In den vereinbarten Preisen sind alle in den verschiedenen Bestandteilen des Leistungsverzeichnisses beschriebenen Leistungen und Lieferungen für die fix und fertige Arbeit, einschließlich aller Nebenleistungen sowie Lohn- und Gehaltsnebenkosten enthalten.
- Die nachfolgend im LV beschriebene Leistung wird mit entsprechender/erforderlicher Anzahl an Arbeitskräften aufgenommen und wird in Werktagen entsprechend den benannten Terminen ausgeführt und abgeschlossen. **Der Fertigstellungstermin zum 01.09.2026 ist zwingend einzuhalten !**
- Der AN verpflichtet sich, im Falle einer Auftragserteilung einen Fachbauleiter einzusetzen, der alle dem AN übertragenen Arbeiten überwacht und dem vom Bauherrn eingesetzten Bauleiter von jeglicher Haftung freistellt. Dieser Fachbauleiter wird dem Bauherrn vor Beginn der Arbeiten unaufgefordert schriftlich vom AN bekanntgegeben. Bei Nichterfüllung haftet der AN persönlich.

11. Angebot

Der AN hat sich vor Angebotsabgabe Kenntnis über alle Unterlagen und die besonderen Verhältnisse bei der Durchführung der Baumaßnahme zu verschaffen.

Sollten Bedenken oder Unklarheiten gegen die geplante Ausführung bestehen bittet der AG diese vor Abgabe des Angebotes zu melden.

Vor Ausführung der Leistungen sind entsprechende Produktmuster zur Freigabe vorzulegen, ausgenommen der Materialien, die vom AG zur Verfügung gestellt werden.

Die angebotenen Systeme und Ausführungen müssen vom Deutschen Institut für Bautechnik bauaufsichtlich und für die geforderte Ausführung zugelassen sein.

Die geltenden Regeln der Technik sind zu beachten.

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

12. Verschiedenes

Die Baustelle ist täglich vom AN sowie auf Anweisung von AG / Bauleitung zu reinigen. Den anfallenden Schuttanteil hat der AN selbst von der Baustelle zu entfernen. Im Bedarfsfall wird der Schutt seitens des Bauherrn von der Baustelle entfernt und dem AN berechnet, wenn eine erfolglose schriftliche Benachrichtigung vorausgegangen ist. Sollte sich entgegen dieser Verpflichtung die Baustelle nicht in einem sauberen Zustand befinden, wird der AG die Leistungserbringung in den Baubesprechungen unter Fristsetzung abmahnen. Die Dokumentation im Besprechungsprotokoll erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit. Nach fruchtloser Abmahnung ist der AG gegenüber dem AN berechtigt die Baustellenreinigung auf dessen Kosten extern zu vergeben. Abfallstoffe jeglicher Art (Abrissmaterial, Bauschutt, Verpackungsmaterial usw.) sind ordnungsgemäß nach allen gesetzlichen Verordnungen fachgerecht und eigenverantwortlich auf geeignete Deponien zu beseitigen. Dies gilt für alle Positionen des LV's.

Alle Pläne werden nur als PDF versendet.
Papierausführungen (Plots) nur gegen Gebühr.

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
1	Baustelleneinrichtung-Allgemein			
1.1	Baustelleneinrichtung			
1.1.1	Mobile Toilettenkabine Mobile Chemie-Toilettenkabine anschlussfrei, mit WC und Urinal, Kleiderhaken, Entlüftung und verriegelbarer Tür. Nach Vorschrift der Arbeitsstättenverordnung aufstellen, während der Baumaßnahme für einen Zeitraum von 4 Wochen vorhalten und wieder abholen. Inkl. regelmäßige 2 x wöchentliche Reinigung, inkl. Desinfektion und Auffüllen von Verbrauchsmaterialien (Toilettenpapier, Desinfektionsmittel). Vollständige Entsorgung der Fäkalien.	1,000 St
1.1.2	Oberflächenschutz mit Geotextil Geotextil als Abdeckung vor Überschüttung liefern als Schutz der Pflaster- und Asphaltflächen in den BE-Bereichen, inkl. Vorhaltung und Rückbau. einbauen. Geeignet für Überschüttung mit Boden/Mineralgemisch im Pflasterbereich. Geotextil als Trennvlies, geeignet zum Schutz der darunter liegenden Pflasterfläche, einbauen vorhalten und im anschluss entsorgen. Überlappung von mind. 0,5 m oder gleichwertige Verbindung. Abgerechnet wird die abgewickelte Fläche ohne Überlappung	200,000 m²

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz		
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene		
Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge	ME	Einheitspreis in EUR
				Gesamtbetrag in EUR
Übertrag EUR			
1.1.3	Bauwasser - Standrohr Verwendung von Standrohren zur Bau- Wasserentnahme von den Stadtwerken Bielefeld zu mieten. Das Standrohr ist zur ersten Ablesung vorzulegen und jeweils am Quartalsende erneut abzulesen. Der AN mietet aufgrund eines abzuschließenden Vertrages mit den Stadtwerken ein Standrohr zur Wasserentnahme. Anmeldung bei Stadtwerke Bielefeld Tel. 0521 - 51-1580 oder standrohre@stadtwerke-bielefeld.de Die Verbrauchskosten bis zur Beendigung der eigenen Arbeiten trägt der Auftragnehmer. 1,000 psch
Summe	1.1	Baustelleneinrichtung	

Projekt: IN26-009 Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV: 03 Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
1.2	Nachweisleistungen Die angegebenen Stundenlöhne beinhalten alle Unternehmerzuschläge wie Wagnis und Gewinn, Allgemeinkosten, Auslösung, Überstundenzuschläge, Fahrtkosten etc. und werden nur mit Genehmigung der Bauleitung anerkannt. Mit der Ausführung der Stundenlohnarbeiten ist erst nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber zu beginnen. Der Umfang der im Einzelfall zu erbringenden Leistung wird bei der Anordnung festgelegt. Die Stundenzettel sind wöchentlich einzureichen.			
1.2.1	Stunden eines Facharbeiters Lohnstunden entsprechend den zusätzlichen Vertragsbedingungen eines Facharbeiters auf besonderen Nachweis.	5,000 Std
1.2.2	Stunden eines Helfers Lohnstunden entsprechend den zusätzlichen Vertragsbedingungen eines Helfers auf besonderen Nachweis.	5,000 Std
1.2.3	Bauzaun instandsetzen/umsetzen Überprüfen des Bauzauns, Umsetzen kleiner Veränderungen oder Instandsetzung bis max. 3 Stunden Aufwand vor Ort, auf Anweisung der Bauleitung, inkl. Anfahrt.	4,000 Stk
Summe	1.2 Nachweisleistungen		
Summe	1 Baustelleneinrichtung-Allgemein		

Projekt: IN26-009 **Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz**
LV: 03 **Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene**

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

2 Betonwerksteinarbeiten

2.1 Baustelleneinrichtung (Nebenleistung)

2.1.1 Baustelleneinrichtung

Einrichten und Räumen der Baustelle für sämtliche in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Leistungen sowie Vorhalten derselbigen, bestehend aus An- und Abtransport, Unterhalten, Betreiben sämtlicher Baustelleneinrichtungsgegenstände, wie z. B. Maschinen, Geräte, Materialcontainer, Container für Abfall, Werkzeuge, eigener Hilfsgerüste, Beleuchtung, Kosten für An- und Abreise der Monteure etc., insgesamt im erforderlichen Umfang zur Ausführung der Bauleistungen.

Die Leistung dieser Position umfasst:

- a) Bereitstellung von erforderlichen Einrichtungen (Baubuden, Werkstätten, Baubüros, etc.).
- b) Überwachung, Sicherung, Beleuchtung der gesamten Baustelle und deren Einrichtung - auch in der arbeitsfreien Zeit - außer Maßnahmen der Verkehrslenkung nach Regelplänen.
- c) Komplette Herrichtung der Baustelleneinrichtungsflächen mit allen Ver- und Entsorgungsanschlüssen.
- d) Bereitstellung der erforderlichen Baumaschinen und -geräte zur Durchführung der Arbeiten nach Leistungsverzeichnis.

Vorhalten der gesamten Baustelleneinrichtung für den Zeitraum der vorgesehenen Bauzeit einschließlich der Nebenleistungen. Durch abschnittsweises Vorgehen bedingte zusätzliche Gerätetransporte werden nicht besonders vergütet. Vorgesehener Zeitraum der Bauarbeiten gem. Leistungsbeschreibung.

Komplette Räumung der Baustelle. Abbau, Verladen und Abfuhr aller Einrichtungen, Baumaschinen und -geräte nach Beendigung



Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

der Baumaßnahme. Alle im Zuge der Arbeiten
benutzten Flächen sind in den ursprünglichen
Zustand zu versetzen.

1,000 Stck

Summe	2.1	Baustelleneinrichtung (Nebenleistung)
--------------	------------	--	-------

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

2.2 Abbrucharbeiten

2.2.1 Bauteile schützen

Bauteile auf der Bahnsteigebene wie Vitrinen,
untere Bereiche von Verglasungen etc. mit
reißfester PE -Folie als Schutz vor
Beschädigungen abdecken, umhüllen.
Bestand schützen: Türen, , Einbauten etc.

Abgerechnet wird nach m² Fläche vor einer
Ansichtsfläche

20,000 m²

2.2.2 Staubwand

Staubschutzwand auf Holzrahmen errichten
und wieder abbauen und abfahren.
Befestigung der Rahmen an Mauerwerk oder
Stahlbeton.

Höhe der Öffnungen ca. 2,50 m
Breite der Öffnung ca. 7,0 m

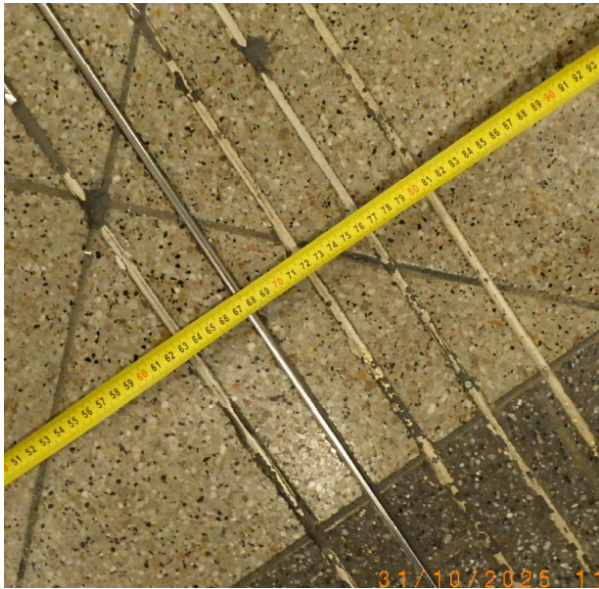
2,000 St

2.2.3 Demontage Bestands-Leitsystem

Demontage und Entsorgung des gesamten im
Bestandbodenbelag (Betonwerkstein)
vorhandenen Leitsystems, bestehend aus 5, im
Abstand von ca. 5 cm parallel laufenden
runden Edelstahlprofilen, d= 8mm.
Die Profile wurden nachträglich in
eingeschnittene Fugen in die Werksteinplatten
eingesetzt und mit Epoxidharz befestigt.
Die Profile befinden sich fast ausschließlich in
den neu herzustellenden Leitsystemtrassen, so
dass Beschädigungen der Bestandsplatten
beim Ausbau nicht relevant sind.
Das Material wird nach Ausbau Eigentum des
AN.

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz		
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene		
Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR

Übertrag EUR



215,000 m

- 2.2.4
- Demontage und Verfüllung Fluchtwegsymbole**

Demontage und Entsorgung von vorhandenen Fluchtwegsymbolen, bestehend aus einem runden, Durchmesser ca. 5 cm, d= ca. 8mm, Alu/Kunststoffgehäuse.

Die Gehäuse müssen mit sauberer Schnittkante aus den Platten ausgebohrt und entsorgt werden, und anschließend mit schnell abbindendem Injektionsmörtel, farblich angepasst an den Bestandsbelag, bündig mit dem Werksteinbelag aufgefüllt werden. In die frische Masse ist eine Einstreuung zur Herstellung einer stumpfen Oberfläche aufzutragen.

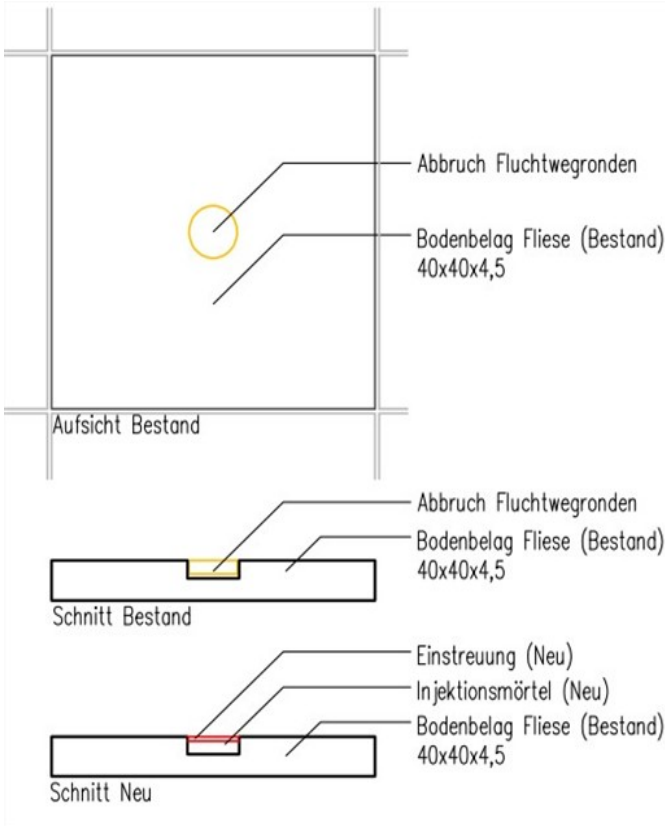
Die Gehäuse befinden sich zu großen Teilen in den neu herzustellenden Leitsystemtrassen. In dieser Position ist nur die Anzahl der noch auszubauenden Gehäuse erfasst.

Diese Position gilt nur für die Fluchtwegsymbole, die sich nicht im Abbruchbereich befinden.

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

Übertrag EUR



10,000 St

2.2.5 **Betonwerksteinbelag einschneiden**

Vorhandenen Betonwerksteinbelag fachgerecht sauber mit grader Schnittkante ohne Ausbrüche gradlinig einschneiden. Die Schnitte sind zwingend im Nassschneideverfahren durchzuführen, um Staubentwicklung zu vermeiden. Ausführung mit Diamant -Trennschleifern mit Wasserzuführung.

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

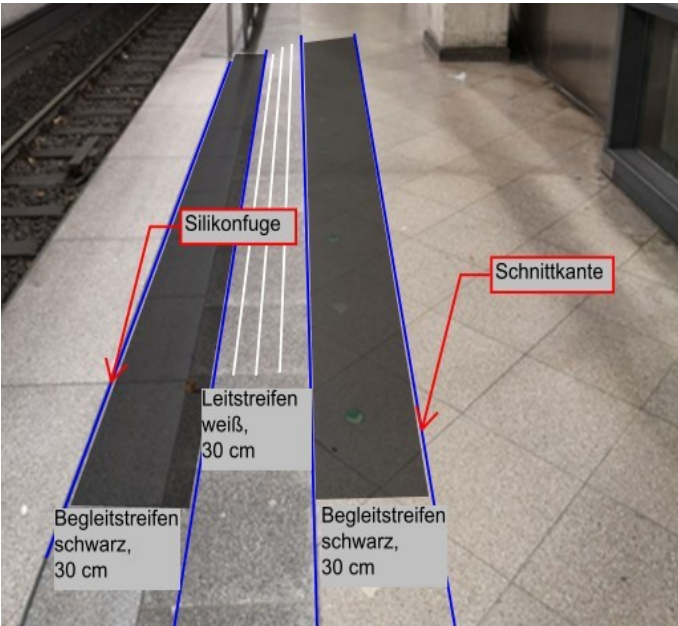
Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

Übertrag EUR

Anfallendes Spülwasser/Schlämme ist sofort abzusaugen (Nasssauger) oder so zu kanalisieren, dass keine Verschmutzungen auf angrenzenden Bauteilen oder Oberflächen entstehen. Der Auftragnehmer hat für die ordnungsgemäße Entsorgung des Schlamms zu sorgen.

Trockenschnitte sind unzulässig.

Bestandsbelag:
4,5 cm Betonwerksteinplatten, Format 40 x 40 cm, ca. 1-2 cm Mörtelbett, ca. 4-5cm Zement-Verbundestrich, ohne Abdichtungsebene auf der Sohle.
Schnitttiefe: ca. 6 cm bis OK Verbundestrich



250,000 m

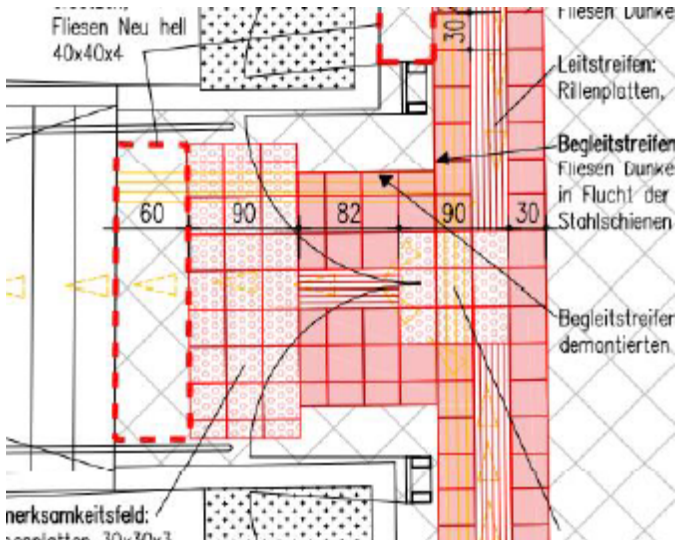
2.2.6 Betonwerksteinbelag in Kleinlängen einschneiden

Betonwerksteinbelag einschneiden, wie zuvor beschrieben, jedoch in kleinen Längen weniger als 1 m, bzw. für Schnitte vor z.B Treppenstufen.

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

Übertrag EUR



20,000 m

2.2.7

Alte Silikonfugen ausbauen

Alte Silikonfugen, Breite ca. 10 - 20 mm an der Trennfuge zwischen Randstreifen Bahnsteigkante und abzubrechendem Werksteinplattenstreifen ausbauen. Ausschneiden der Dichtstoffe mittels geeignetem Fugenmesser. Restlose Entfernung der Silikonreste vom Untergrund durch mechanische Reinigung (Schaber) und ggf. Einsatz von Silikonentferner. Reinigung der Haftflächen von Trennmittel, Staub und Schmutz. Die Fugenflanken müssen sauber, trocken und fettfrei für eine Neuverfugung übergeben werden. Einschließlich Entfernung und Entsorgung des Altmaterials.

200,000 m

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

Übertrag EUR

2.2.8 **Abbruch Werksteinplattenbelag**

Vorhandenen Betonwerksteinplattenbelag d= 4,5 cm inkl. ca. 2 cm Mörtelbett nach ausgeführtem Trennschnitt auf einer Breite von 90 cm bis OK Verbundestrich abbrechen, ausbauen und entsorgen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Lagesicherung durch Stahlwinkel des verbleibenden Werkstein Randstreifens zum Bahnsteig nicht beschädigt wird.

Der Entsorgungsweg über zwei Ebenen an die Oberfläche ist hier inkl. aller erf. Maschinen und Hilfsmittel bei der Preisbildung mit zu berücksichtigen



230,000 m²

2.2.9 **Zulage Abbruch Werksteinplattenbelag**

Zulage zu zuvor beschriebener Position
Abbruch Betonwerksteinplattenbelag für vorsichtigen Ausbau in Teilbereichen, damit ein Teil der Werksteinplatten ohne größere Beschädigung ausgebaut werden kann, um diese für beschädigte Restfläche als Kleinflächen wieder zu verwenden.
Die nur gering oder gar nicht beschädigten Platten sind grob zu reinigen und seitlich zur Wiederverwendung zu lagern.

10,000 m²

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz		
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene		
Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
			Übertrag EUR
2.2.10	Abbruch Verbundestrich Vorhandenen Verbund -Zementestrich d= 4-5 cm in einem zweiten Arbeitsgang unter dem zuvor abgebrochenen und entfernten Werksteinplattenbelag auf einer Breite von 90 cm bis OK Rohsohle abbrechen, ausbauen und entsorgen. Die Entsorgung über die Aufzüge bis zur Oberfläche Jahnplatz ist in diese und in weitere Abbruchpositionen mit einzukalkulieren und wird nicht gesondert vergütet. Eine Wässern des Abbruchmaterials ist für eine verminderte Staubentwicklung in der Preisbildung mit zu berücksichtigen			
		230,000 m²
Summe	2.2	Abbrucharbeiten	

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

2.3 Betonwerksteinarbeiten

2.3.1 Aufzugschachtverkleidung

Herstellung einer Schutzverkleidung Aufzugskabine, 4-seitig an Wänden mit 19 mm Weichfaserplatten unter Berücksichtigung von Öffnungen für notwendige Bedienelemente, am Boden mit Hartfaserplatten belegen, für die Dauer der Baumaßnahme (6 Wochen) herstellen, am Ende der Maßnahme demontieren und entsorgen.
Abmessungen Kabine 1,30 x 2,0 m, Höhe 2,20 m.

3,000 St

2.3.2 Reinigen des Untergrundes

Untergrund der freigelegten Betonsohle von grober Verschmutzung, Sand -, Kies - und Mörtelrsten o. ä. reinigen und von anhaftender Zementschlämme oder Trennmitteln befreien, so daß eine porenoffene Fläche vorliegt.

230,000 m²

2.3.3 Haftbrücke als Zementschlämme auf Betonuntergrund

Haftbrücke als Zementschlämme (Haftschlämme) auf den vorbereiteten, gereinigten Betonuntergrund auftragen. Untergrund intensiv vornässen und mattfeucht abtrocknen lassen. Die Haftbrücke ist mittels hartem Besen oder Bürste intensiv in die Oberfläche einzubürsten. Der anschließende Verbundestrich ist "frisch in frisch" auf die noch klebrige Haftbrücke aufzutragen.

230,000 m²

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

Übertrag EUR

2.3.4	Zementestrich 4,5 cm Zementestrich nach DIN EN 13 813 /DIN 18 560 CT-C35-F5, d = 4,5 cm, auf freigelegte Betonsohle fachgerecht und inkl. aller Estrichschnitte liefern und einbauen. Oberfläche geglättet u. fachgerecht verdichtet, als Unterbau des neuen Betonwerksteinplattenbelags. Leistung inkl. Einschneiden von Fugen gem. DIN. Einbauort: Freigelegte Werksteintrasse, Breite 90 cm, 230,000 m²
2.3.5	Haftbrücke als Zementschlämme auf Zementestrich Haftbrücke als Zementschlämme (Haftschlämme) wie zuvor beschrieben, jedoch auf den zuvor eingebrachten Verbund - Zementestrich auftragen, in Vorbereitung der frisch-in-frisch Verlegung der Werksteinplatten im Mörtelbett. 230,000 m²
2.3.6	Zementestrich 2. Arbeitsgang Einbau Zementestrich als 2. Arbeitsgang wie zuvor beschrieben. Nach Einbau des Estrichs im Bereich der 90 cm breiten Trasse muss aufgrund der geringeren Plattendicke des Leitstreifens in einem 2. Arbeitsgang Estrich mit d= ca. 1-1,5 cm erneut im Bereich des Leitstreifens, Breite 30 cm, auf den zuvor eingebrachten Estrich eingebracht werden. 60,000 m²
2.3.7	Betonwerksteinplatten verlegen Das Material der Betonwerksteinplatten wird dem AN durch den AG, Stadt Bielefeld, zur Verfügung gestellt. Der Materialanteil ist daher in dieser und den folgenden Positionen nicht zu berücksichtigen !

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene
Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME Einheitspreis in EUR Gesamtbetrag in EUR

Übertrag EUR

Bodenbelag aus Betonwerkstein DIN 18500 auf zuvor beschriebenen, frisch eingebrachtem Zement-Verbundestrich mit Haftbrücke verlegen, im Mittelbett (1,5 - 3 cm) aus Mörtel MG III. Der Mörtel ist in erdfeuchter Konsistenz auf die frische, noch nicht abgebundene Kontaktschlämme aufzubringen.
Die Verlegung der Werksteinplatten erfolgt in den freigelegten Leitsystem -Trassen, Breite 90 cm in 3 Reihen:
Als Begleitsstreifen, Plattenformat 30 x 30 cm, d= 3 cm, als glatte Platte, dunkel als Kontraststreifen, links - und rechtsseitig am Leitstreifen in Reihe verlegt.



Als Leitstreifen als weiße Rillenplatte Plattenformat 30 x 30 cm, d= 2 cm, zwischen den Begleitsstreifen in Reihe verlegt.



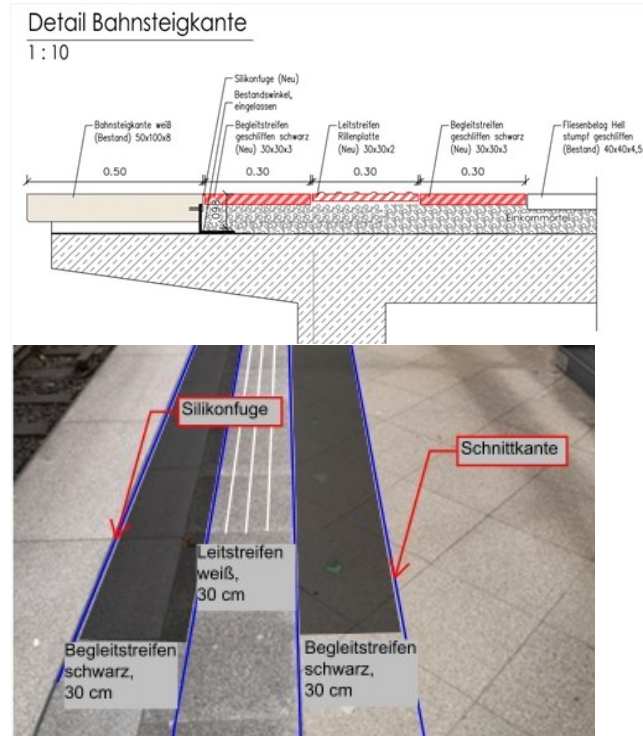
Die Verlegung erfolgt im Quadratverband mit Kreuzfugen auf waagerechtem Untergrund verlegen, mit farbigem mineralischen Fugenmörtel verfugen, Fugenbreite 2 - 3 mm Farbe: mittelgrau, feinkörnig. Das Material ist zu bemustern.
Plattenmaße: 30 cm x 30 cm,
Plattendicke: 2, bzw. 3 cm
Mörtelbett: 1 - 2 cm
Die Betonwerksteinverlegung erfolgt durch

Projekt: IN26-009 **Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz**
LV: 03 **Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene**

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge	ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	-------	----	-------------------------	------------------------

Übertrag EUR _____

Einbettung des Verlegemörtels in die zuvor beschriebene Kontaktschlämme.
Gesamtaufbauhöhe im Bestand von OK Rohsole bis OK Werksteinplatte ca. 10 - 12 cm.
Einbauort: Bahnsteigebene -2 entlang der Gleise.



230,000 m²

2.3.8 Zulage Betonwerksteinplatten Abzweig- und Aufmerksamkeitsfelder

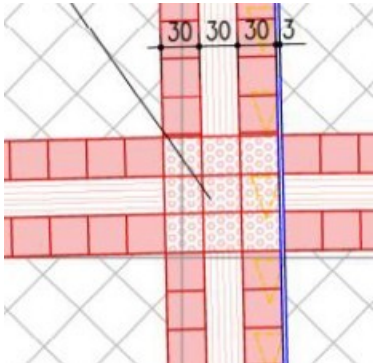
Zulage zu zuvor beschriebener Position
Bodenbelag aus Betonwerkstein DIN 18500 auf
zuvor beschriebenem, frisch eingebrachtem
Zement-Verbundestrich mit Haftbrücke
verlegen,
ansonsten wie zuvor beschrieben, jedoch in
Kleinflächen als:

Abzweigfelder und Aufmerksamkeitsfelder als weißes Feld, mit Noppenplatte im Format 30 x 30 cm, als quadratische Fläche 3 x 3 Platten an Kreuzungs- und Abbiegepunkten verlegt.

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

Übertrag EUR



und als:
Aufmerksamkeitsfelder als weißes Feld, mit
Noppenplatte im Format 30 x 30 cm, in
unterschiedlichen Größen, Anordnung
unmittelbar vor Treppenauf- und Abgängen.



Gesamtaufbauhöhe im Bestand von OK
Rohsole bis OK Werksteinplatte ca. 10 - 12 cm.

Einbauort:
Im in der Fläche Verteilerebene -2

10,000 m²

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

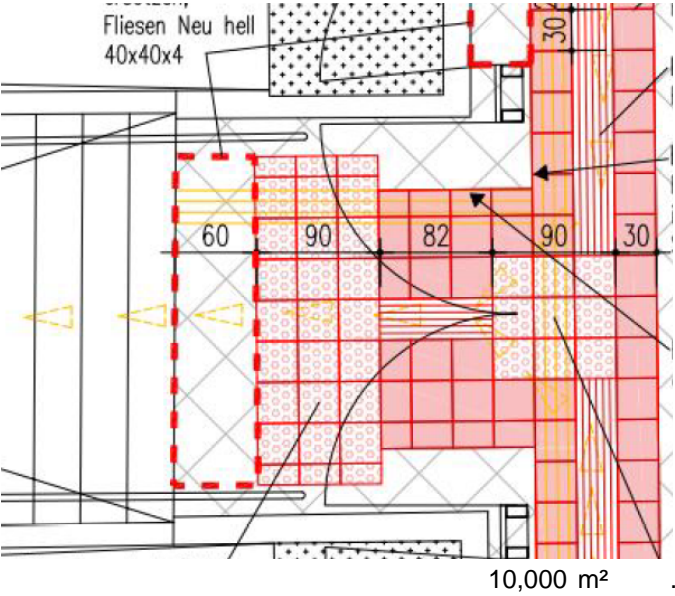
Übertrag EUR

2.3.9 **Betonwerksteinplatten Altbelag ergänzen**

Bodenbelag aus Betonwerkstein DIN 18500 auf
zuvor beschriebenem, frisch eingebrachtem
Zement-Verbundestrich mit Haftbrücke
verlegen,
jedoch in Kleinflächen als:
Ergänzung des Bestandsbelags mit neuen,
farblich an den Bestand angepassten
Werksteinplatten, Format 40 x 40 cm, d= 4 cm.
Ausgetauscht werden sollen Platten, die im
Zuge der Herstellung der Leitsystemtrasse
beschädigt wurden.

Gesamtaufbauhöhe im Bestand von OK
Rohsohle bis OK Werksteinplatte ca. 10 - 12 cm.

Einbauort:
In der Fläche Verteilerebene -1



Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

Übertrag EUR

2.3.10	<p>Fehlstellen Ausbrüche, Risse und offene Fugen im Altbelag ergänzen</p> <p>Fehlstellen, Ausbrüche, Risse und offene Fugen in vorhandenem Betonwerksteinbelag fachgerecht instand setzen. Ausführung in Kleinflächen. 1. Untergrundvorbereitung: Fehlstellen und Fugen gründlich reinigen, lose Teile entfernen, Ränder säubern. Untergrund von haftungsmindernden Stoffen befreien. Vor dem Einbringen des Mörtels den Untergrund vornässen. 2. Instandsetzung / Verfugung: Verfüllen der Fehlstellen und Fugen mit einem hochfesten, kunststoffvergüteten Reparaturmörtel auf Zementbasis. Farbe und Struktur des Mörtels müssen an den Bestand angepasst werden. Material ist frisch in frisch oder mit geeigneter Haftbrücke aufzubringen. Fugenmaterial ist vollkommen einzufüllen und zu verdichten. Überschüssiges Material ist zu entfernen.</p>	10,000 m²
--------	--	-----------	-------	-------

2.3.11	<p>Betonwerksteinplatten imprägnieren</p> <p>Allgemeine Hydrophobierung für Bodenbelag aus Betonwerkstein. Oberflächenschutz für Betonwerksteinbeläge (innen/außen) durch Hydrophobierung herstellen. Der Untergrund ist fachgerecht zu reinigen (trocken, staub - und fettfrei). Die Imprägnierung auf Silan -/Siloxanbasis wasserabweisend, , dampfdiffusionsoffen ist satt im Streich - oder Sprühverfahren aufzutragen. Nach Trocknung darf keine optische Veränderung (Glanz) auftreten. In dieser Position sind ausschließlich die neu hergestellten Werksteinflächen erfasst.</p>	230,000 m²
--------	---	------------	-------	-------

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz		
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene		
Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
			Übertrag EUR
2.3.12	Silikonfugen Herstellen von fungizid eingestellten Silikonfugen, d=10 - 20 mm mit beidseitigem Abkleben der Fugenränder mit Klebeband, Silikonmasse glätten, Klebeband entfernen und Fuge final abziehen. Farbton nach Wahl des AG Einbauort: An Trennfugen zwischen Randstreifen Bahnsteigkante und neuem Werksteinplattenstreifen, an Sockelfliesen, an Dehnfugenprofilen	250,000 m
Summe	2.3	Betonwerksteinarbeiten	

Projekt:	IN26-009	Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV:	03	Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

Nr.	Leistungsbeschreibung	Menge ME	Einheitspreis in EUR	Gesamtbetrag in EUR
-----	-----------------------	----------	-------------------------	------------------------

2.4 Nachweisleistungen

Die angegebenen Stundenlöhne beinhalten alle Unternehmerzuschläge wie Wagnis und Gewinn, Allgemeynkosten, Auslösung, Überstundenzuschläge, Fahrtkosten etc. und werden nur mit Genehmigung der Bauleitung anerkannt.

Mit der Ausführung der Stundenlohnarbeiten ist erst nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber zu beginnen. Der Umfang der im Einzelfall zu erbringenden Leistung wird bei der Anordnung festgelegt. Die Stundenzettel sind wöchentlich einzureichen.

2.4.1 Stunden eines Facharbeiters

Lohnstunden entsprechend den zusätzlichen Vertragsbedingungen eines Facharbeiters auf besonderen Nachweis.

25,000 h

2.4.2 Stunden eines Helfers

Lohnstunden entsprechend den zusätzlichen Vertragsbedingungen eines Helfers auf besonderen Nachweis.

25,000 h

Summe	2.4	Nachweisleistungen
-------	-----	--------------------	-------

Summe	2	Betonwerksteinarbeiten
-------	---	------------------------	-------

Projekt: IN26-009 Taktile Ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz
LV: 03 Betonwerksteinarbeiten nur Bahnsteigebene

ZUSAMMENSTELLUNG

1	Baustelleneinrichtung-Allgemein	
1.1	Baustelleneinrichtung EUR
1.2	Nachweiseleistungen EUR

Summe	1 Baustelleneinrichtung-Allgemein EUR
2	Betonwerksteinarbeiten	
2.1	Baustelleneinrichtung (Nebenleistung) EUR
2.2	Abbrucharbeiten EUR
2.3	Betonwerksteinarbeiten EUR
2.4	Nachweiseleistungen EUR

Summe	2 Betonwerksteinarbeiten EUR
Summe LV	 EUR
zuzüglich 19,00 % Mwst	 EUR
Gesamtsumme Brutto	 EUR
